

forum



Hoffnung

Gefahren im Belau
als Kind der Straße
schau auf mich,
auf meine Fassaden
Wachse indem ich reife
Bekämpfe Vorurteile,
Indem ich Talente zeige
Jeden Tag einen Weg bestreite
Mit Hoffnung überlebe ich
den heutigen Tag
Strebe für ein Morgen,
entkomme dem
teuflichen Pfad.

2003

Hoffnung

Geboren im Beton
als Kind der Straße schau auf mich,
auf meine Fassaden.
Wachse, indem ich reife.
Bekämpfe Vorurteile,
indem ich Talent zeige,
jeden Tag einen Weg bestreite.
Mit Hoffnung überlebe ich
den heutigen Tag,
strebe für ein Morgen,
entkomme dem
teuflichen Pfad.

Hyrocalligraphix

So lauten die Zeilen auf dem Graffito mit den großen Lettern „Chorweiler“. Zu sehen sind neben der Erdkugel (die leider bereits von einem anderen Sprayer getaggt wurde, man könnte in diesem Fall auch verunstaltet sagen) ein Flaggen-Band diverser Länder, das die Weltkugel begleitet. Das Kölner Stadtwappen fehlt natürlich nicht. Neben den Zeilen im rechten Bildrand eine männliche Figur im Halbprofil, die durch die gefalteten Hände die Zeilen zu beten scheint. Im Hintergrund ein typisches Hochhaus des Trabantenviertels Chorweiler, wie es jeder Kölner kennt.

Das Graffito stammt von Puya Bagheri alias Sair⁴, der es geschafft hat: Siebenjährig kam er mit seinen Eltern aus dem Iran nach Köln und wohnt seitdem in Köln-Chorweiler. Einem Stadtteil, der vermischt durch die vielen Nationen, zu einem Brennpunktviertel geworden ist. Von dort heraus zu kommen, eine Ausbildung zu machen oder gar zu studieren, ist für viele Jugendliche dort schwierig. Ohne Perspektive hängen sie meist nur ab. Puya Bagheri konnte durch die Unterstützung seiner Eltern Abitur machen und Kommunikationsdesign studieren. Er kennt die Probleme der Jugendlichen dort und versucht nun mit zahlreichen Projekten, unter anderem Graffiti-Workshops, die er an der Gustav-Heinemann-Hauptschule gibt, zu helfen, ihre Kreativität zu fördern und zu zeigen, was man alles erreichen kann. Der freischaffende Künstler Puya Bagheri sprayt nun schon seit neunzehn Jahren und bezog jüngst mit seiner kleinen Galerie Räumlichkeiten, natürlich direkt im Zentrum von Chorweiler. Bagheris Herkunft fließt auch in seine Arbeiten ein. Seit vielen Jahren beschäftigt er sich mit persischer Kalligraphie und lässt sie mit moderner Schrift verschmelzen. Daraus entstanden seine „Hyrocalligraphix“, die er bereits mit zwei Einzelausstellungen in Köln präsentieren konnte.

Mit seinem Verein „Outline e. V. - Verein zur Förderung urbaner Jugendkultur“ bietet er Kindern und Jugendlichen Unterstützung, Ermutigung und Erprobungsmöglichkeiten ihrer kreativen und künstlerischen Fertigkeiten, um sie in ihrer Persönlichkeit zu stärken, denn das fehlt vielen. Hier können sie sich auch in Gesang, Tanz, Theater und neuen Medien ausprobieren. Derartige Initiativen und Projekte könnte es noch viele mehr geben. Es reicht eben nicht nur, irgendwelchen Wohnraum zu schaffen. Im Zuge der vielen Flüchtlinge, die in diesen Tagen Deutschland erreichen, stellt sich nicht nur wieder die Frage, wohin mit all diesen Menschen, sondern auch, welche Perspektiven und Möglichkeiten haben sie, welche Chancen bieten wir Ihnen und uns.

mehr zu Puya Bagheri unter: outline-ev.de

Titelfoto und Text: Jutta Jilg

INHALT

Nr. 5/2015

IMPRESSUM

HERAUSGEBER GEW Stadtverband Köln
Hans-Böckler-Platz 1
50672 Köln

Erscheint fünfmal im Jahr
Bezugspreis 1,25 Euro.
Für GEW-Mitglieder ist der Bezug im
Mitgliedsbeitrag enthalten.
Leserbriefe geben nicht in jedem Fall
die Meinung der Redaktion wieder.

REDAKTION Klaus Minartz (verantwortlich)
Martina Brauckmann-Kleis
Jutta Jilg
Wolfgang Hardenacke
Helga Löbber
Hildegard Merten

GESCHÄFTSSTELLE

Montag bis
Donnerstag 10.00 bis 16.00 Uhr
Freitag 12.00 bis 16.00 Uhr

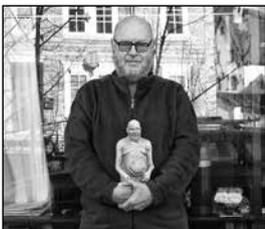
Telefon 02 21 51 62 67
Telefax 02 21 52 54 46

Homepage www.gew-koeln.de
E-Mail kontakt@gew-koeln.de

Konto
SEB
IBAN DE03 3701 0111 1320 7321 01

DRUCK Zimmermann, Köln

DTP Thomas Sommerkamp,
Kürten



Redaktionsschluss

22. Dezember 2015

TELEFONISCHE RECHTSBERATUNG

0221 516267

Montag und Donnerstag
17.00 bis 19.00 Uhr
und nach Vereinbarung

In den Ferien:
Landesrechtsschutzstelle

0201 2940337

| | |
|----------------------------------------------|----|
| zum Titelbild: Hyrocalligraphix | 2 |
| Impressum und Inhalt | 3 |
| Tarifpolitik | |
| SuE: Tragfähiges Ergebnis | 4 |
| L-EGO | 5 |
| Weiterbildung | |
| Demo am 27.10. in Köln | 9 |
| Schulpolitik | |
| Drei Kölner Gesamtschulen werden 40 Jahre | 11 |
| Verteilung der Gesamtschulen | 14 |
| Eine Gesamtschule in Kalk? | 15 |
| Inklusion | |
| Was tun...? | 16 |
| Bedingungen für eine gelingende Praxis | 17 |
| Erfahrungen der FG Sozialpädagogische Berufe | 20 |
| Flüchtlingspolitik | |
| Internationale Förderklassen | 22 |
| Köln stellt sich quer | 24 |
| Hochschule und Forschung | 25 |
| Fachgruppen und Arbeitskreise | 26 |
| LEMK | 28 |
| HIB | 30 |
| Aktive Ruheständler | 32 |
| Rechtsberatung | 35 |
| Personalrat-Informationen | 37 |
| Ein nicht abgeschickter Leserbrief | 38 |

Auf unserer Kölner Internet-Seite www.gew-koeln.de oder auf www.gew-nrw.de sind aktuelle Informationen, Newsletter, Kommentare und Archivmaterialien zu allen bildungspolitischen Aspekten abrufbar. Nach der Eingabe des Benutzernamens (mit großem Anfangsbuchstaben) und der Mitgliedsnummer (sie hat 10 Ziffern und beginnt in NRW mit einer 4, sie steht auf dem Mitgliedsausweis oder auf dem Adressaufkleber der NDS) stehen alle Daten vollständig zur Verfügung. Ebenso können auf der Kölner Homepage die forum-Ausgaben ab Nr. 5/2004 als pdf-Datei heruntergeladen werden.

SuE: Tragfähiges Verhandlungsergebnis erzielt

von GEW Hauptvorstand am 30.9.2015

Nach drei Verhandlungstagen haben die Arbeitgeber schließlich nachgelegt. Seit heute steht damit fest: Es gibt einen tragfähigen Kompromiss in der Tarifaueinandersetzung im kommunalen Sozial- und Erziehungsdienst. Nun entscheiden die Mitglieder.

Es blieben bis zuletzt harte Verhandlungen. Am Montag, 28.09.2015 haben Gewerkschaften und Arbeitgeber die Tarifverhandlungen im kommunalen Sozial- und Erziehungsdienst wieder aufgenommen. Am Ende von drei langen Verhandlungstagen steht heute ein Verhandlungsergebnis, das über die Schlichtungsempfehlung hinausgeht und daher als tragfähiger Kompromiss gilt.

„Die meisten der 240.000 SuE-Beschäftigten werden rückwirkend zum 1. Juli in eine höhere Entgeltgruppe eingeordnet und bekommen mehr Gehalt. Im Vergleich zum Schlichterspruch haben die Arbeitgeber noch einmal nachgelegt. Den Einstieg in eine Aufwertung des SuE-Berufsfeldes haben wir geschafft. Jetzt müssen wir dran bleiben, dafür brauchen wir einen langen Atem“, sagte GEW-Verhandlungsführer Andreas Gehrke in Hannover. Die Werte der neuen Entgeltgruppe S 8a werden gegenüber der früheren Entgeltgruppe S 6 schon ab der ersten Stufe spürbar erhöht. Insbesondere jüngere Erzieherinnen und Erzieher erhalten nun mehr Geld, als es die Schlichtungsempfehlung vorsah. „Damit wird der Beruf

attraktiver und wir haben ein wichtiges Signal gegen den drohenden Fachkräftemangel gesetzt“, betonte Gehrke. Auch ein Teil der Sozialarbeiterinnen und -arbeiter bekäme gegenüber der Schlichtung einen Nachschlag.

Die GEW Gremien haben einen Abschluss auf dieser Grundlage zugestimmt und empfehlen den Mitgliedern die Annahme. Dazu wird in den nächsten Wochen eine Urabstimmung durchgeführt.

RATHAUS

Erzieherinnen protestieren

Rund 100 Erzieherinnen haben zusammen mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) vor der Ratssitzung für eine bessere Bezahlung demonstriert. Die Stadt schiebe ihre Verantwortung auf andere und bestreite Einflussmöglichkeiten auf die Linie der Arbeitgeberverbände. „Die Arbeitgeber vor Ort müssen Farbe bekennen“, hieß es auf Flugblättern, die an die Ratsmitglieder verteilt wurden. „Die bisherige Arbeitgeber-Strategie des Aussitzens belastet Eltern und Kinder und provoziert neue Streiks und eine weitere Eskalation der Auseinandersetzung.“ Während der Ratssitzung wurde über dieses Thema nicht diskutiert. (fra)

KStA 11. 9. 2015



L-EGO: Wie weiter in der Tarifgewerkschaft GEW in NRW?

von Peter Heim, AK Angestellte Lehrkräfte im Stadtverband Köln

In der nds, der GEW-NRW-Mitgliederzeitschrift vom September 2015, wird ausführlich unter den Titeln „GEW setzt sich weiter ein für gerechte Bezahlung“ und „Mitbestimmung gesichert“ über den Stand der Tarifpolitik aus Sicht der GEW NRW berichtet.

Die beiden Artikel beschreiben ausführlich die juristischen Auseinandersetzungen, die die GEW zurzeit mit der Landesregierung für ihre tarifbeschäftigten Mitglieder ausfechten, insbesondere auf der Ebene der GEW-Personalräte. Ausgelöst wurde dies durch den unsäglichen Tarifabschluss der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) mit dem Deutschen Beamtenbund/Tarifunion (dbb) und seinen ständischen Mitgliedsverbänden (wie Philologenverband, Verband Bildung und Erziehung und den Verbänden für Realschullehrer, LehrerInnen an beruflichen und Wirtschaftsschulen usw.) im April des Jahres.

Das Schreiben des Landesamtes für Besoldung und Versorgung in NRW (LBV)

Als Folge hat das LBV mit der Gehaltsmitteilung im August ein Schreiben an alle Tarifbeschäftigten in den Schulen versandt, in dem es breit die Vorteile für bestimmte Angestelltengruppen, aber nicht die Verschlechterungen beschreibt und zur Zustimmung zum Tarifabschluss des dbb auffordert. „Die GEW-NRW reagierte mit einem beruhigenden Schreiben an die Schulen, das aber nicht alle Betroffenen erreicht hat. Tenor: Nichts überstürzen, in Ruhe prüfen: „Kein Handlungszwang“. Eine deutliche öffentliche Reaktion fehlte. Viele angestellte Lehrkräfte haben den Eindruck, dass die GEW die öffentliche politische Auseinandersetzung mit der NRW-Landesregierung anscheinend aufgegeben hat. Und wenn nicht GEW-Personalräte dagegen halten würden, könnte sich die TdL mit ihrem ordnungspolitisch chaotischen Verhalten in der Tat die Hände reiben. Aber offensichtlich werden durch den juristischen Konflikt in Essen viele Kräfte gebunden. Und ein

Plan B nach dem Scheitern im April scheint zu fehlen.

Zur Entwicklung in der GEW-NRW seit dem Ende der Tarifverhandlungen im April

Direkt nach dem Desaster vor den Osterferien und in den Monaten danach forderten viele Angestellte, insbesondere unseres Kölner Stadtverbandes, eine politische Positionierung der GEW NRW – mit entsprechenden praktischen Konsequenzen, also kreativen Aktionen vor Ort.

Nach langem hin und her gab es in Düsseldorf unter dem Motto „Mogelpackung“ eine vielleicht gut gemeinte, aber letztlich eher symbolische, kleine Demo und Aktion vor dem Haus der Arbeitgeber des Landes (AdL). Das wars. Auf unsere Interventionen hin, auf Tarifkonferenzen in Essen, auf Angestelltenversammlungen in Köln oder auf unsere Mailanfragen und Anträge hin gab es immer hinhaltende Reaktionen.

Kein „Handlungszwang“?

Als Antwort werden wir immer wieder hingewiesen auf a) die im Artikel beschriebenen juristischen Unwägbarkeiten und b) die Notwendigkeit eines einheitlichen Vorgehens der GEW in den Ländern. Zu a) Dies ist kein Grund, neben dem Reagieren auf die Zumutungen der Landesregierung und der einstellenden Behörden bzw. LBV, nicht parallel durch aktives Handeln ein für uns günstigeres politisches Klima zu schaffen – in den Personalratsverhandlungen mit den Dienststellen und in den juristischen Konflikten mit der Landesregierung. Zu b) Am Beispiel des Berliner Landesverbandes, der von den Bundesgremien der GEW eine Vollmacht für ein eigenständiges Handeln in dieser Frage erhielt, wird aber deutlich, dass wir in NRW sehr wohl eine gewisse Freiheit zur Durchführung eigener Aktionen haben könnten, wenn wir es nur wollten. Letztlich läuft beides auf eine Tempoverschleppung hinaus:

Es gibt offensichtlich eine *Skepsis in den Leitungsgremien und in der Geschäftsstelle*, die Sorge vor einem möglichen Scheitern einer solchen politischen Auseinandersetzung. Dazu werden Zahlen aus den

vergangenen Streiks vorgelegt. Vollkommen unberücksichtigt bleibt dabei die in den letzten Jahren zunehmende Qualität der Streikbereitschaft und Streikaktionen. Wir hören immer wieder von einer großen Bereitschaft, die Arbeitgeber durch kreative Aktionen öffentlich unter Druck zu setzen. Es gilt, nicht nur die Einschätzung der Leitungsgremien, sondern auch die der vor Ort Arbeitenden einzubeziehen. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: *Wir brauchen mehr politischen Mut.* Wir erwarten von den Leitungsgremien die Freigabe und die Ermutigung, mit Augenmaß selber politisch aktiv zu werden. Damit aber werden die angestellten Lehrerinnen und Lehrer demotiviert, die Bereitschaft, sich weiter wie im Frühjahr zu engagieren, sinkt - ein typischer Fall für eine sich selbst erfüllende Prophezeiung.

Es gibt trotz der Erfahrungen der letzten Jahre immer noch ein *Beharrungsvermögen und eine gewisse Unbeweglichkeit* unserer Gewerkschaft, den Tarifbereich schneller, offener und flexibler zu führen und nicht nur als einen notwendigen Bestandteil der GEW, um mehr Lohnprozente und in Folge ihre Übertragung auf die BeamtInnen zu erhalten.

Aktuelle Beispiele:

1. *Der Umgang mit der Sanktionsdrohung in dem „Informationsschreiben“ des LBV vom August 2015.* Dort findet sich der Hinweis, Kolleginnen und Kollegen eventuell von finanziellen Verbesserungen auszuschließen, wenn sie u.a. von ihrem Streikrecht für eine bessere Entgeltordnung Gebrauch machen. Klar ist, dass das LBV als Behörde dies nicht ohne politische Einflussnahme der Landesregierung hineingeschrieben hat. Vermutlich haben viele Angestellte diese Passage im LBV-Papier sogar überlesen. Das Ganze ist eine weitere tarifpolitische Kampfansage und hätte direkt neben den beiden oben genannten Artikeln in der nds herausgehoben skandalisiert werden müssen – durch den Landesvorstand selbst.

2. *Die Neugestaltung der GEW-NRW-Homepage*
Bei der Neugestaltung der GEW-NRW-Home-

page soll der Tarifbereich als 2.Unterpunkt (!) „Tarifrecht & Tarifpolitik“ unter dem Hauptpunkt: „Themen und Wissen“ und dem Unterpunkt „Arbeit“ führen soll. Die Tarifpolitik der GEW muss einen viel höheren Stellenwert in der GEW erhalten – auch auf der zukünftigen Homepage.

3. *Die Reaktion auf den Streik von 6000 BeamtInnen in Hessen vor wenigen Monaten*
Die große Mehrheit der GEW-Mitglieder in NRW ist verbeamtet. Es würde viel ändern, wenn die NRW-Landesregierung damit rechnen müsste, dass in den NRW-Schulen auch verbeamtete Lehrkräfte einmal ihre Arbeit kurzfristig niederlegen würden. Ein Diskurs dazu findet im Landesverband praktisch nicht statt.

Ausblick

Ab 2020 dürfen die Bundesländer keine Kredite mehr aufnehmen, dann werden die Verteilungskämpfe noch schärfer werden. Und das wird zeitlich verzögert auch die BeamtInnen treffen. Die GEW muss in Zeiten der Schuldenbremse ihre Aufgabe als Tarifgewerkschaft immer stärker in den Mittelpunkt stellen und den Spaltungsversuchen der Arbeitgeber durch solidarisches Verhalten entgegenzuwirken. Das ist die beste Werbung für mehr, auch tarifbeschäftigte Mitglieder.

Wir erwarten, dass unser Landesvorstand, nicht nur in dieser Frage, politisch geschlossen und öffentlich entschiedener agiert. Dies würde dann auch die GEW in den juristischen Auseinandersetzungen, die immer auch im politischen Raum stattfinden, unterstützen.

Zur Erinnerung: Es gibt bis heute keinen Vertrag mit der GEW zur Einstufung von Angestellten unserer Gewerkschaft. Deshalb sind wir in dieser Frage nicht in der Friedenspflicht. Wir haben es gegenüber dem Landesvorstand mehrmals gefordert:

Wir brauchen dringend eine allgemeine und offene NRW-Tarifkonferenz noch im Herbst 2015.

GEW-Landesverbände ziehen an einem Strang

Arbeitgeber wollen Abschluss mit der GEW

von Dorothea Schäfer,
Landesvorsitzende der GEW NRW

Knut Bredendiek, Geschäftsführer der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), hat sich am 17. August 2015 mit einem Angebot an die Vorsitzenden der GEW-Landesverbände gewandt: Der am 28. März 2015 mit dem dbb abgeschlossene Tarifvertrag zur Eingruppierung von Lehrkräften könne inhaltsgleich zwischen der TdL und dem jeweiligen GEW-Landesverband abgeschlossen werden. Ein schlechter Scherz? Oder eher ein Eingeständnis?

Die Verhandlung mit der GEW um eine gerechte Eingruppierung will die TdL leider nicht wieder aufnehmen, obwohl das der einzig sinnvolle Schritt in dieser verfahrenen Situation wäre. Es sei dahingestellt, ob das Angebot ein Spaltungsversuch der TdL ist. Klar ist aber: Auch die Arbeitgeber wissen, dass der abgeschlossene Tarifvertrag auf wackligen Füßen steht und alle Beschäftigten wie auch die Verwaltungen massiv verunsichert sind. Inzwischen scheint auch die TdL zu erkennen, dass es ein Fehler war, den Eingruppierungstarifvertrag nur mit dem dbb abzuschließen.

Klar ist auch: Kein Landesverband der GEW wird auf das Angebot eingehen, denn an den Gründen für die Ablehnung des Eingruppierungstarifvertrags hat sich seit März nichts geändert. Die Verschlechterungen bei der Eingruppierung bekommen jetzt schon Beschäftigte zu spüren, für die ein neuer Arbeitsvertrag abgeschlossen wird. In einem Infoschreiben des Landesamtes für Besoldung und Versorgung an die Beschäftigten werden diese Verschlechterungen verschwiegen. Wir können nur sagen: Bedankt euch beim Philologen-Verband, beim Verband Bildung und Erziehung, bei lehrer nrw, beim Verband der LehrerInnen an Berufskollegs und beim Verband der LehrerInnen an Wirtschaftsschulen! Die GEW wollte weiter verhandeln.

Kurios ist übrigens, dass auch dbb-Mitglieder nicht automatisch von Verbesserungen profitieren, sondern diese nur auf Antrag erhalten. Rechtsverbindliche Auskünfte über Auswirkungen oder „Spätfolgen“

einer solchen Antragstellung will das Land aber nicht geben.

Völlig absurd ist die Drohung, dass die Teilnahme an einem Streik, der offensichtlich verhindert werden soll, zu einem neuen Arbeitsvertrag führt. In der Friedenspflicht ist lediglich der dbb, nicht die GEW und nicht die Beschäftigten, die einem Streikaufruf folgen.

Gemeinsam haben alle GEW-Landesvorsitzenden Ende Juni entschieden, dass zunächst die GEW Berlin den Arbeitskampf fortsetzt. In den anderen Ländern werden viele Nadelstiche gesetzt. Die weitere Strategie wird bei einer Klausurtagung Ende September beraten und in einer bundesweiten Strategiekonferenz entschieden.

Wo erhalte ich aktuelle Tarif-Informationen?

Es gibt zwei Quellen für aktuelle Informationen zum Tarifgeschehen:

- den Tarifleter der BundesGEW, der über www.gew.de abonniert werden kann;
- den Tarifleter der GEW NRW. Dazu wählt man sich über die unten stehende Adresse auf die Homepage ein und wählt im ersten Kasten „Tarifleter“ aus.

<http://www.gew-nrw.de/index.php?id=114>

Newsletter auswählen:

GEW-Newsletter ▼

Ich möchte den ausgewählten Newsletter...

- abonnieren
 abbestellen

e-mail

abschicken

Nur äußerlich renoviert

VHS-Lehrkräfte beklagen prekäre Arbeitsbedingungen

von Angelika Böhler

Bei der Neueröffnung des modernisierten Gebäudes der Volkshochschule Köln am 4. September 2015 versammelten sich Lehrkräfte der VHS, um auf ihre prekären Beschäftigungsverhältnisse aufmerksam zu machen.

Rund 50 Lehrkräfte aus den Integrationskursen und den Kursen für Deutsch als Fremdsprache nutzten die Gelegenheit, um die Feierlaune zu relativieren: Organisiert und unterstützt von der GEW in Köln machten sie mit Transparenten, Flugblättern und Protestpostkarten ihrem Ärger über ihre prekäre materielle Situation Luft. Honorarkräfte in der Weiterbildung sind stark von prekären Arbeitsbedingungen betroffen: Sie arbeiten freiberuflich, haben keinen Anspruch auf Sozialleistungen wie Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder bezahlten Urlaub. Eine Honorarerhöhung um gerade mal 0,50 Euro innerhalb von 16 Jahren Beschäftigungszeit, Unsicherheit über die Verträge für jeweils einen Kurs und und keinerlei Mitbestimmungsmöglichkeiten gehören zu ihrem Alltag. Für Kranken-, Renten- und freiwillige Arbeitslosenversicherung müssen sie komplett selbst aufkommen – das alles mit einem Unterrichtsstundenhonorar von etwa 20 Euro. Vor dem benachbarten Museum, in dem die Eröffnungsfeier stattfand, und später auch vor dem Eingang der VHS informierten die GEW-KollegInnen die wartenden Gäste über ihre Forderungen nach besseren Arbeits- und Absicherungsbedingungen:

- ein Mindesthonorar von 30 Euro pro Unterrichtsstunde,
- eine Mindeststundengarantie,
- anteilige Beiträge für die Sozialversicherung,
- Urlaubs- und Krankengeld sowie
- bezahlte Mitarbeiterkonferenzen, Teambesprechungen und Fortbildungen.



Da bei der Eröffnungsfeier der VHS Köln auch der Oberbürgermeister Jürgen Roters, VertreterInnen des Bundes- und Landtages und die Spitze der VHS selber anwesend waren, sahen die KollegInnen ihre Chance, auch die versammelte Stadtpolitik auf ihre Situation aufmerksam zu machen. Es entstanden interessante Gespräche mit BürgerInnen, in denen eines deutlich wurde: Viele von ihnen – teilweise sogar TeilnehmerInnen von VHS-Kursen – wissen überhaupt nicht, unter welchen Bedingungen die DozentInnen arbeiten. Für die Kölner KollegInnen war ihre Aktion ein Erfolg, da sie sehr gut vorbereitet war und eine hohe Beteiligung erzielte. Darüber hinaus scheinen sich die Bedingungen langsam zu ändern: Im Sommer hat die Stadtverwaltung reibungslos einen Urlaubsgeldanspruch der Lehrkräfte anerkannt, die überwiegend von VHS-Honoraren leben und damit als arbeitnehmerähnlich eingestuft werden. Ebenso klingt in Äußerungen der Politik an, dass die berechtigten Anliegen der Lehrkräfte deutlicher wahrgenommen werden. Es bleibt abzuwarten, ob den Sonntagsreden auch praktische Ergebnisse folgen werden.

Demonstration der DaF/DaZ-Lehrkräfte für angemessene Bezahlung

Aufruf von GEW und Bonner Offener Kreis



Es ist soweit - der Termin für die 2. Demonstration der DaF/DaZ-Lehrkräfte im Köln-Bonner-Raum steht fest. Nicht am Weltlehreitag am 5. Oktober – aber am Dienstag, 27. Oktober 2015. Beginn: 11 Uhr. Treffpunkt und Auftakt vor der VHS am Neumarkt.

Alle sprechen über Integration, Flüchtlinge und die notwendigen Deutschkurse. Die darf es nur noch für eine unserer akademischen Ausbildung, der hohen Unterrichtsqualität und der gesellschaftlichen Bedeutung unserer Arbeit angemessenen Bezahlung geben. Deutschland ist momentan das zweitbeliebteste Einwanderungsland der Welt und in der Politik wird über den fortschreitenden Fachkräftemangel gesprochen – da sollte der deutsche Staat doch auch in Bezug auf die Entlohnung der Lehrkräfte endlich in der Realität ankommen.

Vom Treffpunkt vor der VHS am Neumarkt gehen wir zum Heumarkt.

Um 13 Uhr marschieren wir im Poller Kirchweg in Köln Poll vor dem BAMF auf und machen eine Abschlusskundgebung bei der wir auch eine Unterschriftenliste mit unseren Forderungen überreichen werden. Voraussichtliches Ende der Demonstration: 14 Uhr

Natürlich ist damit selbstverständlich und notwendigerweise wieder eine Arbeitsniederlegung verbunden. (Die zugunsten der Teilnahme an der Demonstration ausgefallene Unterrichtszeit muss wohl leider aufgrund der BAMF-Bestimmungen wieder nachgeholt werden.)



Quiz

Was bin ich?

- Eine Piratin in Umschulung?
- Eine Pharmavertreterin bei der Präsentation?
- Eine kranke Integrationskurs-Dozentin bei der Arbeit?

Die Sprachschulträger sind ebenfalls zur Teilnahme an der Demonstration eingeladen. Einige haben ihre Teilnahme schon zugesagt.

Die GEW unterstützt aktiv diese Demonstration.

Wir hoffen, dass sich zumindest aus ganz NRW möglichst viele Kolleginnen und Kollegen mit Spruchbändern, Plakaten und Lärmgeräten am 27.10.2015 zum Neumarkt in Köln auf den Weg machen oder einfach nur so dabei sind und mitmachen.

Für die Organisation der Demonstration wäre es wichtig und eine große Hilfe, wenn Ihr kurz per E-Mail an bonner.offener.kreis@gmail.com mitteilen würdet, ob Ihr am 27. Oktober in Köln dabei seid.

Offener Brief

An die
Vorsitzenden der Fraktionen
im Rat der Stadt Köln

Situation der Vollzeitlehrkräfte an der VHS Köln - Einladung zum Gespräch am 20. Oktober 2015

Sehr geehrte Damen und Herren,
die an der Volkshochschule Köln freiberuflich tätigen Lehrkräfte der Deutsch- und Integrationskurse nutzten die Wiedereröffnung des VHS-Studienhauses am 4. September, um auf ihre prekären Arbeitsbedingungen und ihre seit Jahren anhaltend schlechte Bezahlung aufmerksam zu machen. Bereits am 17. Juni haben sich im Rahmen einer Tagung „10 Jahre Integrationskurse - Bilanz und Perspektiven“ in Berlin der Deutscher Volkshochschul-Verband e.V. (DVV), der Bundesverband der Träger beruflicher Bildung e.V. (BBB) und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) auf ein gemeinsames Positionspapier zu den Integrationskursen geeinigt.

Die GEW Köln, zusammen mit dem Arbeitskreis der Vollzeitlehrkräfte an der VHS Köln, möchte Sie über die Situation in den Deutsch- und Integrationskursen an „Ihrer“ VHS Köln und insbesondere über die prekäre Situation der Lehrerinnen und Lehrer dieser Kurse informieren.

Wir laden Sie bzw. eine Vertretung Ihrer Fraktion zum Gespräch mit den KurslehrerInnen der Deutsch- und Integrationskurse an der VHS Köln ein in der Erwartung, dass Sie ihre / deren Vorstellungen über konkrete Schritte zur Verbesserung der Situation der VollzeithonorarlehrerInnen an der VHS Köln bei Ihrer Politik angemessen berücksichtigen.

Am Dienstag, den 20. Oktober ist um 19 Uhr im DGB Haus am Hans-Böckler-Platz 1 eine Diskussion mit Vertretern der Kölner Ratsfraktionen zur Situation der Vollzeitlehrkräfte an der VHS Köln geplant. Dazu laden wir auch einen Vertreter Ihrer Fraktion herzlich ein.

Wir würden uns freuen, wenn Sie uns bald mitteilen könnten, wer für Ihre Fraktion teilnehmen wird, damit wir die Einladungen fertig machen können.

Mit bestem Dank und herzlichen Grüßen
Max Georg Beier

Urlaubsgeld für VHS-Lehrkräfte

von Joyce . Abebresi

In Köln schlossen sich Anfang des Jahres 2015 ein Großteil der Lehrkräfte aus den Deutsch- und Integrationskursen der Volkshochschule Köln zusammen, um Anträge auf die Zahlung von Urlaubsgeld zu stellen. Um einen Anspruch auf Urlaubsgeld zu erhalten, muss die wirtschaftliche und soziale Abhängigkeit festgestellt werden – als Nachweis darüber, dass es sich bei der antragsstellenden Person um eine „arbeitnehmerähnliche Person“ (§ 12a Tarifvertragsgesetz) handelt. Um diese Voraussetzung der sozialen Schutzbedürftigkeit zu erfüllen, müssen mehr als 50 Prozent der Gesamteinkünfte bei der Volkshochschule erzielt werden. Erst dann ergibt sich ein Rechtsanspruch auf die Gewährung von Urlaub bzw. Urlaubsabgeltung (§ 2 Bundesurlaubsgesetz). Die VHS Köln stellte den Status der Arbeitnehmerähnlichkeit fest, indem die Lehrkräfte eine Erklärung über ihre Einkünfte bis zum 30.06.2015 darlegen sollen. Somit konnte der Status zunächst für das erste Halbjahr 2015 geklärt und Urlaubsvergütung gewährt werden.



Drei Kölner Gesamtschulen werden 40 Jahre alt

von Anne Ratzki

1975 starteten die ersten drei Kölner Gesamtschulen in den Vororten Chorweiler, Höhenhaus und Holweide. Sie waren nicht bei den ersten Gesamtschulen, die 1969 begannen, sondern gehörten zur sogenannten zweiten Generation, die organisatorisch und pädagogisch neue Wege ging. Alle drei entstanden aus Gymnasien.

Gesamtschule als Provokation

„Ein Erfolgsmodell wird 40“ titelte der Kölner Stadtanzeiger, als er den drei Gesamtschulen in Köln-Holweide, Höhenhaus und Chorweiler zum Geburtstag gratulierte. Als die drei vor 40 Jahren anfangen, 1975, da gab es nicht so freundliche Kommentare, sondern recht schrille Töne: „Eltern wehrt euch gegen den Missbrauch unserer Schule!“, hieß es in einem Flugblatt der Kölner CDU. „Lasst nicht zu, dass unsere Kinder zu Versuchskaninchen reformbesessener Bildungsphantasten werden!“

Warum damals diese Angstmache? 1975 waren Gesamtschulen neu und revolutionär, sie forderten das Bildungsbürgertum heraus, wollten Kindern aus allen Bevölkerungsschichten die gleiche Bildung und die gleichen Aufstiegschancen eröffnen wie das Gymnasium nur den Kindern aus sozial höhergestellten Familien. Die Gesamtschule wollte die Gesellschaft verändern. Das wurde ihr vorgeworfen und das stimmte. Und das stieß auf Widerstand.

Es war eine Zeit des Umbruchs. Die Studenten rebellierten. 1964 hatte Georg Picht seine Streitschrift „Die deutsche Bildungskatastrophe“ veröffentlicht. Es gab weniger als 10% AbiturientInnen, zu denen so gut wie keine Arbeiterkinder oder Mädchen zählten. Kinder auf dem Land hatten keine Chancen, weil es dort keine Gymnasien gab. Viele waren benachteiligt. Bald darauf wurde der Deutsche Bildungsrat gegründet. In seinem berühmten Gutachten „Begabung und Lernen“ beschäftigte er sich mit einem neuen Begabungs- und Lernbegriff: Begabung ist nicht angeboren, wie man bisher meinte, sie kommt nicht nur in gebildeten Familien vor, sondern sie kann sich entwickeln, wenn die Schule sie fördert. Deshalb emp-

fahl er 1969 die Einrichtung von Gesamtschulen.

Die Gesamtschule sollte

eine wissenschaftliche Schule für alle sein.

das Lernen individualisieren und alle Kinder besser fördern. Sitzenbleiben und Schulwechsel sollten vermieden werden.

soziale Erfahrungen zwischen Kindern aus unterschiedlichen Bevölkerungsschichten ermöglichen.

vor allem größere Chancengleichheit herstellen – für Mädchen, für Arbeiterkinder, für Kinder auf dem Lande.

Die Kölner Gesamtschulen gehen neue Wege

Die ersten Gesamtschulen hatten schon viel geleistet: Die Fachinhalte waren modernisiert, es gab neue Lehrmethoden mit Tonbandgeräten und Projekten; in Gesellschaftslehre und Naturwissenschaft waren Fächer zusammengefasst. Fachleistungskurse galten als Möglichkeit zur Individualisierung, was die Kölner Gesamtschulen allerdings sehr kritisch sahen, denn in den Fachleistungskursen wiederholte sich oft die soziale Trennung. Trotz weitgehender gemeinsamer Planung entwickelten die drei Kölner Gesamtschulen unterschiedliche Schwerpunkte. Die Holweider sahen ihren Auftrag vor allem im sozialen Lernen. Die Alternative zur Fachleistungsdifferenzierung war das Team-Kleingruppen-Modell, wie es später genannt wurde: Kinder mit unterschiedlicher Herkunft, unterschiedlichen Kenntnissen und Fähigkeiten sollten in stabilen heterogenen Tischgruppen einander helfen und damit erreichen, dass alle dem Unterricht folgen konnten. Was heute so selbstverständlich klingt, war damals höchst umstritten. Teamarbeit und Gruppenpädagogik waren 1975 vom Schulministerium nicht gewünscht, man setzte auf Fachleistungsdifferenzierung. Das Misstrauen der Behörden war riesig: In den ersten sechs Jahren überprüften dreizehn Kommissionen von Schulaufsichtsbeamten die Holweider Schule. Die Schulleitung wurde immer wieder zu Dienstgesprächen von Ministerium und Bezirksregierung vorgeladen. Doch schließlich überzeugte die gute Arbeit und die große Unterstützung durch die Eltern: 1981 erhielt Hol-

weide von der KMK einen Sonderstatus für weniger Fachleistungsdifferenzierung.

Auch die Gesamtschule Höhenhaus (heute Willy-Brandt-Gesamtschule) hatte sich einen Platz auf der Sonderliste für weniger Fachleistungsdifferenzierung erkämpft. Als speziellen Schwerpunkt hatte sie den „Kernunterricht“ entwickelt. Im „Kern“ wird durch die Zusammenfassung der Fächer Deutsch, Gesellschaftslehre und Arbeitslehre/Wirtschaft fächerübergreifend und projektorientiert gearbeitet, auf Fachleistungsdifferenzierung wird verzichtet. Die Kernlehrer übernehmen mit einer zweiten Lehrkraft die Klassenleitung, beide Klassenlehrer decken etwa die Hälfte des Unterrichts ab und stärken so die Beziehungsarbeit in ihrer Klasse. Die Klassenleitungen eines Jahrgangs bilden ein Team, das im sog. „Großraum“, einem Teamraum direkt neben den Klassenräumen des Jahrgangs, jederzeit für die SchülerInnen präsent ist.

Die Kölner Gesamtschulen als Erfolgsmodell

Die Kölner Gesamtschulen waren als sehr große, zwölfzügige Schulen konzipiert und starteten mit zwölf Parallelklassen zu je dreiunddreißig SchülerInnen. Wie kann man in einer so großen Schule soziales Lernen und die individuelle Förderung verwirklichen?

Die Planungsgruppen waren sich einig: Man musste die Schulen kleinmachen. Alle drei Schulen teilten die große Schule in kleine Teamschulen auf und verringerten wegen der unzulänglichen Raumsituation im Lauf der Jahre ihrer Zügigkeit - Holweide auf 9, Chorweiler auf 8 und Höhenhaus auf 6 Züge.

In den folgenden Jahren entwickelten die Schulen eigene Schwerpunkte:

Holweide startete 1980/1981 ein Förderkonzept für türkische Schülerinnen und Schüler und lud türkische Eltern ein, ihre Kinder an der Gesamtschule anzumelden. Der wichtigste Förderort waren die Tischgruppen, in die die Migrantenkinder integriert wurden.

Chorweiler liegt in einem Neubaugebiet mit Hochhäusern und einer sozial schwachen Bevölkerung

mit hohem Migrantenanteil. Dort kamen bald viele Kinder aus Migrantenfamilien in die Schule, die sie hervorragend bis zum Abitur förderte. Besonders für die Oberstufe entwickelte die Schule ein besonderes Förderkonzept.

Der nächste große Schritt geschah 1986, als Eltern von behinderten Kindern, die Integrationsklassen an der Rosenmaar-Grundschule besuchten, einen Platz an einer Gesamtschule suchten. Sie fragten zunächst an der nahe gelegenen Gesamtschule in Höhenhaus an und als diese ablehnte, an der nächsten Gesamtschule in Holweide. Nach fast einem Jahr Diskussion und der Beratung durch die Gesamtschule Bonn-Beuel begann ein Holweider Team mit der Integration von Kindern mit Behinderung. Inklusion wurde zu einem Schwerpunkt der Schule. Auch die Gesamtschule Höhenhaus nimmt inzwischen seit 4 Jahren Kinder mit Behinderung auf und setzt die inklusive Arbeit der Grundschule fort. Ihre traditionellen Schwerpunkte der individuellen Förderung und Sprachförderung sind eine gute Grundlage.

Für Chorweiler war die Namensgebung „Heinrich Böll Gesamtschule“ und die Zusammenarbeit mit Lew Kopelew ein wichtiger Schritt. In den weiteren Jahren setzte sie mehrere Schwerpunkte, vor allem im Bereich Sport, für die die Schule auch Preise erhielt: einen Preis für das Projekt Rio, das bis zur Fußball-WM weitergeführt wird, 2010 eine Auszeichnung „Bewegungsfreudige Schule“ mit einem großen Sportangebot. Seit 1995 gab es mehrere Preise im Bereich Umweltschutz. Ganz besonders geschätzt von Eltern und SchülerInnen ist die Böll-Oase: Hunderte von Eltern haben hier ehrenamtlich mitgeholfen und sie zu einem attraktiven Ziel für SchülerInnen und Eltern gemacht.

Fazit und Ausblick

Die drei großen Kölner Gesamtschulen, denen im folgenden Jahr 1976 mit der Gesamtschule Zollstock (heute: Europaschule) eine weitere große Gesamtschule folgte, erwiesen sich als Erfolgsmodell - die Plätze reichten nie aus. Die Anmeldezahlen überstiegen regelmäßig die vorhandenen Plätze, 500 bis 1000

Kinder fanden Jahr für Jahr keinen Platz. Zwei Gesamtschulen hatte die Stadt durch Eingemeindungen „geerbt“, Porz und Rodenkirchen. Durch Elterninitiativen entstanden 1982 zwei weitere Gesamtschulen in Kalk und Bocklemünd. Doch dann dauerte es 28 Jahre, bis eine Elterninitiative 2010 die Gesamtschule Nippes durchsetzte. Die Zahl der abgewiesenen SchülerInnen blieb mit ca. 700 jedoch konstant, auch als die Stadt schließlich weitere Gesamtschulen in Köln-Mülheim, in der Innenstadt und im Vorort Dellbrück als Teilstandort der Höhenhauser Gesamtschule einrichtete. Die Gesamtschulentwicklung in Köln ist äußerst lebendig und wächst.

(Zuerst veröffentlicht in: GGG: Integrierte Schulen Aktuell (ISA), Ausgabe III/2015, Oktober 2015)

Lesetipp

Dietlinde H. Vanier & Anne Ratzki (Hrsg.)
Was Lehrerbildung leisten kann
Kreative Professionalisierung für die Schule



Das Arbeiten in und mit heterogenen Lerngruppen, das Gestalten von Kooperationskulturen und das Reflektieren des eigenen Unterrichtsverhaltens sind seit langem in Schulen wie in Hochschulen diskutierte Themenfelder. Mit dem

Entstehen eines inklusiven Schulsystems gehen weitere Anforderungen an die Hochschule einher, für passende Studienangebote zu sorgen.

Diese Aufsatzsammlung bleibt nicht bei der Kritik stehen, sondern richtet den Blick auf das innerhalb der bestehenden Strukturen Erreichbare, auf eine ideenreiche, kreative, angemessen persönlichkeitsorientierte und professionalisierende Lehrerbildung.

ISBN: 978-3-14-162176-1

Preis: 23,95 €

Wer, wenn nicht wir?

Veranstaltungshinweis:

Tagung am 1.3.2016 in Dortmund, Bürgerhalle im Rathaus, 9:30 – 16:30 Uhr

Thema: „Wer, wenn nicht wir?“

„Stopp der Überlastung in Schulen - Freiräume entdecken und nutzen“

Veranstalter:

Institut zur Förderung der Teamarbeit und Schulentwicklung/FESCH/Dortmunder Talente - www.teaminstitut-koeln.de

Neugründungen von Schulen, Reformen, Inklusion, zentrale Prüfungen, Qualitätsanalyse, Seiteneinsteiger-Klassen und vieles mehr belasten erheblich den Alltag in Schulen. Lehrerinnen und Lehrer sollen – neben ihrem Alltagsgeschäft - möglichst intensiv an den „Baustellen“ in ihrer Schule mitarbeiten und sich engagieren.

Wie kann dies gelingen?

Die Tagung soll Mut machen, Freiräume zu entdecken und zu nutzen. Lehrerinnen und Lehrer sollen unterstützt werden, die Entwicklung in der eigenen Schule zu gestalten, ohne sich selbst zu überfordern. Dabei werden Begegnungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer untereinander initiiert, Ideen und erfolgreiche Konzept ausgetauscht. Es sollen Vernetzungen angeregt werden, um über die Tagung hinaus kooperative Problemlösungen und Strategien zu entwickeln. Wir betrachten Alltagssituationen aus verschiedenen Blickwinkeln, um zu neuen Denkweisen zu gelangen. Die Kraft zur Veränderung des Alltags können wir aus eigenen Ideen, aus Anregungen durch die gute Praxis Anderer, durch Hinweise von Impulsgebern und aus der lebendigen Tagungsstruktur mit der U-Methode gewinnen.

Wie sind die Gesamtschulplätze auf die Stadtbezirke verteilt?

von Anne Ratzki

Zum neuen Schuljahr wies Köln 1782 Plätze an städtischen Gesamtschulen aus, dazu kamen 96 Plätze an privaten Gesamtschulen. 2483 Jungen und Mädchen wurden an den städtischen Gesamtschulen angemeldet, 135 an den privaten. Nirgendwo reichten die Plätze aus. 696 Kinder hofften vergeblich auf einen Gesamtschulplatz. Uns interessiert hier die Frage, wie die städtischen Gesamtschulplätze auf die Stadtbezirke verteilt sind. Die Stadtbezirke haben unterschiedliche Einwohnerzahlen – statistische Angaben liegen leider nur von 2013 vor. Wir können davon ausgehen, dass die Zahl der Einwohner überall gewachsen ist. Über die Gesamtschulplätze haben wir ganz aktuelle Daten von den Anmeldungen und Aufnahmen bzw. Ablehnungen für das laufende Schuljahr 2015, an jeder Schule und in jedem Stadtbezirk. Beim Vergleich der Stadtbezirke zeigt sich, dass die Chancen auf einen Gesamtschulplatz extrem unterschiedlich verteilt sind. Dazu haben wir die Zahl der Einwohner durch die Zahl der Gesamtschulplätze geteilt und erhalten so die Angabe, auf wie viele Einwohner ein Gesamtschulplatz entfällt.

Reihenfolge nach Zahl der vorhandenen Gesamtschulplätze

- 1. Mülheim:** Hat die meisten Gesamtschulplätze. 145 701 Einwohner - 567 Gesamtschulplätze - 132 Ablehnungen. Auf 257 Einwohner kommt ein Gesamtschulplatz.
- 2. Rodenkirchen:** 103 207 Einwohner - 324 Gesamtschulplätze - 120 Ablehnungen. Auf 318 Einwohner kommt ein Gesamtschulplatz.
- 3. Chorweiler:** 80 700 Einwohner - 216 Gesamtschulplätze - 104 Ablehnungen. Auf 374 Einwohner kommt ein Gesamtschulplatz.
- 4. Porz:** 109 822 Einwohner - 162 Gesamtschulplätze - 12 Ablehnungen. Auf 678 Einwohner kommt ein Gesamtschulplatz.
- 5. Kalk:** 115 301 Einwohner - 162 Gesamtschulplätze - 71 Ablehnungen. Auf 711 Einwohner kommt ein Gesamtschulplatz.

6. Ehrenfeld: 104 989 Einwohner - 135 Gesamtschulplätze - 120 Ablehnungen. Auf 778 Einwohner kommt ein Gesamtschulplatz.

7. Nippes: 113 350 Einwohner - 108 Gesamtschulplätze - 97 Ablehnungen. Auf 1050 Einwohner kommt ein Gesamtschulplatz.

8. Innenstadt: 127 811 Einwohner - 108 Gesamtschulplätze - 40 Ablehnungen. Auf 1183 Einwohner kommt ein Gesamtschulplatz.

9. Lindenthal: 144 606 Einwohner - 0 Gesamtschulplätze - 190 (Elternbefragung 2012). Auf 144 606 Einwohner kommt kein Gesamtschulplatz.

Bei dieser ungleichen Verteilung der Gesamtschulplätze kann von Chancengleichheit für die Kölner Bezirke keine Rede sein.

Was auffällt

Die Spannweite der Anzahl von Gesamtschulplätzen reicht von einem Platz für 257 Einwohner in Mülheim bis zu einem Platz für 1050 Einwohner in Nippes oder 1183 Einwohner in der Innenstadt (von Lindenthal schweigen wir besser). Sie macht einmal mehr deutlich, dass es in Köln kein Konzept für eine Gesamtschulentwicklung gibt, die eine gleichmäßige Versorgung der Bevölkerung durch eine vergleichbare Dichte an Gesamtschulen in allen Stadtbezirken anstrebt. Der Hinweis auf gute Verkehrsverbindungen zwischen den Stadtbezirken hilft nichts, solange jede Gesamtschule mehr Anmeldungen als Plätze hat.

Zwischen Mülheim und Kalk z.B. liegt ein großer Abstand. In Kalk kommt mit 1050 Einwohnern ein Gesamtschulplatz auf fast dreimal so viele Einwohner wie in Mülheim, wo es für 257 Bewohner einen Gesamtschulplatz gibt. Beide Stadtbezirke ähneln sich von ihrer Bevölkerung, in beiden leben viele sozial benachteiligte Familien und Familien mit Migrationshintergrund. Warum wird Kalk bei den Gesamtschulplätzen derart benachteiligt?

Zugleich sind die Ablehnungen sehr interessant, nicht nur weil sie unverhältnismäßig hoch sind. Die Bezirke Mülheim und Rodenkirchen haben nicht nur mit 567 und 324 die meisten Gesamtschulplät-

ze, sondern mit 132 und 120 auch die meisten Ablehnungen (mit Ehrenfeld). Offenbar ermutigt eine höhere Zahl von Gesamtschulplätzen mehr Eltern, ihre Kinder dort anzumelden, weil sie sich bessere Chancen für eine Aufnahme erhoffen.

Köln hinkt mit 19% Gesamtschulplätzen für den Jahrgang dem Ausbau der Gesamtschulen in anderen Städten hinterher, die erheblich mehr Plätze anbieten: z.B. Bonn für 29%, Mönchen-Gladbach für 32%, Aachen für 34% und Siegen für 54% eines Jahrgangs.

Ein Gesamtschulentwicklungskonzept für Köln ist dringend erforderlich.

Sowohl die absolute Zahl an Gesamtschulplätzen muss gesteigert werden, als auch die unterschiedliche Situation in den Stadtbezirken ausgeglichen werden. Es ist zu hoffen, dass die neue Oberbürgermeisterin oder der neue Oberbürgermeister diese unbefriedigende Situation, die viele Kölner Kinder massiv benachteiligt, endlich beenden und dem Ausbau von Gesamtschulen Priorität einräumen wird.

Neue Gesamtschulen: Endlich auch in Kalk?

von Oswald Pannes,

Initiative:mehr Gesamtschulen in Köln(i:mgik)

Zwar hat die i:mgik mit Ihrem beharrlichen Einsatz für eine Ausweitung des Kölner Gesamtschulangebots nicht unmaßgeblich dazu beigetragen, dass in den letzten Jahren die Schulverwaltung begonnen hat, sich des Themas konsequenter anzunehmen. Und wenn auch nach wie vor eine deutliche strukturelle Schlechterstellung der Kölner Gesamtschulen gegenüber den Gymnasien besteht und die angegangenen Lösungen oft unzulänglich sind, - Stichwort: Dependancen -, so gibt es doch eine Bewegung in die richtige Richtung. Dafür sprechen trotz aller Pannen und Beeinträchtigungen die neuen Gesamtschulen mit Dependancenstandorten in der Innenstadt und in Mülheim, der Start der Inklusiven Universitätsschule (Heliosschule, IUS), die Beschlussfassung für den Bau einer neuen Gesamtschule in Vogelsang, die Dependance der Höhenhauser Gesamtschule in Dellbrück und einige Zügigkeits-erweiterungen.

Dass die jährlichen Abweisungen von Gesamtschul-anmeldungen aber immer noch zwischen 600 und 800 liegen, beweist die weitere Zunahme des Elterninteresses für gemeinsames Lernen und eben die entsprechende Schulform. Die dringende Notwendigkeit des Ausbaus des Kölner Gesamtschulnetzes besteht also nahezu unvermindert fort.

Ein nur geringes Echo ergaben in den vergangenen

Jahren die i:mgik-Bemühungen um die Einrichtung einer Gesamtschule in Kalk/Deutz. Obwohl sich viele Eltern und junge Menschen in Gesprächen positiv zu einer Gesamtschule in ihrem Stadtteil äußerten, gelang es nicht, eine lokale Triebkraft in Form einer Elterninitiative aufzubauen. Und seitens der Verwaltung wurde, wohl auch auf Betreiben der Kalk/Mülheimer Stadtteilpolitik, die Notwendigkeit einer dortigen Gesamtschule lange Zeit ignoriert.

Nun aber ist seit einigen Monaten die Schulverwaltung bemüht, für die Einrichtung einer solchen Schule ein vom Land NRW ein Grundstück an der Gummersbacher Straße zu erwerben. Und auch die SPD hat sich jetzt im Schulausschuss für dieses Projekt ausgesprochen.

Die Verhandlungen zum Erwerb des Grundstücks laufen über den Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes, BLB. Und sie gestalten sich recht schwierig. Es bedarf daher weiterer öffentlicher Unterstützung für eine Kalk/Deutzer Gesamtschule. Dafür wird sich die i:mgik energisch einsetzen und sie appelliert auch an die örtlichen Gewerkschaften, die Eltern und die Schulkollegien, über ihre Netzwerke die Einrichtung dieser neuen Schule engagiert zu befürworten.

Aber auch darüber hinaus wird es notwendig bleiben, das Kölner Gesamtschulnetz zu erweitern und von der Schulverwaltung die immer noch ausstehende Erarbeitung eines längerfristig angelegten, konsequent zu verfolgenden Gesamtschulentwicklungsplans zu fordern.

Was tun ... für echte Inklusion?!

GEW-Köln beschließt „Kölner Kampagne Inklusion“

von Guido Schönian

Wir erleben es im Schulalltag: Das, was da „Inklusion“ genannt wird, verdient diesen Namen nicht. Per definitionem müsste es eigentlich um die Einbeziehung von FörderschülerInnen in die Abläufe an den Regelschulen gehen. Weil die nötigen Förderschul-PädagogInnen fehlen, RegelschullehrerInnen logischer Weise fachlich überfordert oder gar die baulichen Voraussetzungen immer noch nicht gegeben sind, geht es allzu oft um Exklusion in der Inklusion. Der Begriff der „grauen Inklusion“ macht bereits die Runde. Das geschieht zuallererst auf Kosten der SchülerInnen und zum Nachteil des pädagogischen Personals.

Der Vorstand der GEW-Köln hat diesen Zustand zum Anlass genommen, um eine „Kölner Kampagne Inklusion“ zu beschließen. Die beiden Ziele dieser Kampagne lauten:

- a) die bisher an den integrativ arbeitenden Schulen (Köln-Holweide und Rodenkirchen, Bonn-Beuel sowie Aachen-Brand) geltenden Bedingungen für integratives Arbeiten als Mindestanforderung für die nun eingeführte Inklusion zu verteidigen und
- b) diese Bedingungen für alle anderen Schulen durchzusetzen.

Die Kampagne soll Mitte November konkretisiert werden (der genaue Termin stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest). Die Terminfindung läuft, achtet bitte auf eine entsprechende Ankündigung unter www.gew-koeln.de. Zu diesem November-Treffen sind ausdrücklich KollegInnen aller Schulformen und gerne auch aus anderen Bereichen wie Kita oder Hochschule eingeladen.

Die „Kölner Kampagne Inklusion“ soll sich zunächst über den Zeitraum des laufenden Schuljahres erstrecken und Aktionen beinhalten, mit denen die Öffentlichkeit über die „Mangelverwaltung namens Inklusion“ aufgeklärt wird. Auf diesem Wege soll der politische Druck erzeugt werden, der die o.g. Punkte Wirklichkeit werden lässt.

Die Motivation unter den KollegInnen ist vorhanden. Das zeigen die ersten Ergebnisse des Aktionstreffens vom 29. September, an der KollegInnen aus Förderschulen, Realschulen, Gesamtschulen und dem Berufskolleg teilgenommen haben. Hier ein (sehr kleiner) Auszug aus der Sammlung von sage und schreibe 21 Aktionsvorschlägen:

Sammel-Überlastungsanzeigen koordinieren, Flashmob in Innenstädten, Massen-Fortbildung zu Arbeits- und Gesundheitsschutz, Beschwerde bei der UNO einlegen, Aktion „Inklusion geht baden“, „Löhrmann-Zitate und die Realität“, ...

Es geht los! Die KollegInnen beginnen sich schulformübergreifend zu organisieren. Macht die „Kölner Kampagne Inklusion“ zum Gesprächsthema in den Kollegien und achtet auf die Ankündigung des oben erwähnten Novembertermins (z.B. über die Vertrauensleute der GEW in der eigenen Schule oder die Homepage der Kölner GEW).



Bedingungen für eine gelingende Praxis

Anmerkung der Redaktion:

In der Zeitschrift „Schulverwaltung“ Ausgabe 6, 2015 hat die Kölner Schuldezernentin Dr. Agnes Klein einen bemerkenswerten Aufsatz „Schulische Inklusion in Köln - Auf die gelingende Praxis kommt es an“ geschrieben. Wir dokumentieren daraus den letzten Teil, in dem sie über Regelungs- und Unterstützungsbedarfe für eine gelingende Praxis schreibt. Diese bilden gute konkrete Ansatzpunkte, an die die GEW in ihrer Kampagne für bessere Bedingungen bei der inklusiven Entwicklung anknüpfen und sich für ihre Umsetzung im Sinne von „All together now“ engagieren kann.

„Eingangs habe ich unterstrichen, dass es entscheidend um eine Unterstützung gelingender Praxis der Inklusion in den Schulen geht. In meinen Gesprächen mit den Kölner Schulleitungen werde ich zum Teil auf folgende Aspekte, Regelungs- und Unterstützungsbedarfe hingewiesen, wobei vorab darauf hinzuweisen ist, dass der Inklusionsgedanke ausdrücklich begrüßt wird:

- Den Schulen liegt ein weiter Inklusionsbegriff am Herzen, der nicht »nur« auf Kinder mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf abhebt, sondern auf die individuelle Förderung aller Kinder mit ihren unterschiedlichen Voraussetzungen und Begabungen.
- Inklusion stellt sich als gesamtgesellschaftliche Aufgabe dar. Alle Schülerinnen und Schüler sollten die Chance erhalten, mit Kindern mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf lernen zu können. Das bedeutet, dass sich alle Schulen und alle Schulformen an der Inklusion beteiligen sollten. Ich weiß auch von zahlreichen Kölner Gymnasien, dass sie sich gern auf den Weg machen wollen.
- Eine besondere Problematik ergibt sich bei den Grundschulen, da aufgrund der fehlenden Stellen für sonderpädagogische Förderung trotz Budgetierung (noch) kein flächendeckendes Angebot besteht. In Köln können derzeit nur rund 60 der 146 Grundschulen Gemeinsames Lernen anbieten. Wenn im Verlauf der Schulzeit ein sonderpädagogischer Unterstützungsbedarf festgestellt wird, müssen die Kinder entweder die Schule und damit auch ihre vertraute Lerngruppe verlassen oder die Schule muss versuchen, durch Vernetzung mit Schulen des Gemeinsamen Lernens eine

individuelle Förderung sicherzustellen. Eltern lehnen in einer solchen Situation auch häufig eine AO-SF-Antragstellung ab, um ihrem Kind den Verbleib an der Schule zu ermöglichen oder stellen den Antrag erst beim Übergang in die Klasse 5. Hier müssen Lösungen im Interesse der Kinder gefunden werden.

- Als wichtig wird ein Sozial- bzw. Inklusionsindex angesehen, der für Schulen mit vielen Kindern mit besonderen Herausforderungen, das können zum Beispiel auch Seiteneinsteiger sein oder »Abgeschulte«, eine bessere Lehrerausstattung vorsieht und umgekehrt.
- Inklusion kann nur gelingen, wenn es auch Zeit für Zusammenarbeit und Gespräche in Kollegien gibt. Gemeinsame Beratungszeiten müssen fest verankert sein, am besten als Teil des Deputats. Wenn Lehrkräfte gut in auch multiprofessionellen Teams arbeiten, ist das gut für die Schülerinnen und Schüler. Eine passgenaue individuelle Förderung gelingt am besten, wenn sich die unterrichtenden Lehrkräfte sowie weitere Kräfte abstimmen können. Das geht nicht zwischendurch.
- Schulleitungen benötigen mehr Leitungszeit, da in allen Leitungsbereichen wie zum Beispiel Organisation und Schulentwicklung deutlich mehr Zeit erforderlich ist. Ideal wäre eine zusätzliche Funktionsstelle in der Schulleitung mit dem Aufgabengebiet Inklusion
- Als wichtig und sinnvoll werden eine regionale Vernetzung und der Austausch von Erfahrungen in Regionalgruppen angesehen. Die entsprechenden Aktivitäten des Regionalen Bildungsbüros der Stadt Köln werden positiv gesehen.
- Schulen, die das Gemeinsame Lernen als ihre Aufgabe annehmen, benötigen eine entsprechende, verlässliche Ausstattung mit sonderpädagogischem und therapeutischem Fachpersonal. Gerade bei Ganztagschulen ist auch die Möglichkeit der ergänzenden/begleitenden therapeutischen Behandlungen während des Schulbetriebs wichtig.
- Die Kollegien sind gut vorzubereiten und zu begleiten – kurze Fortbildungen reichen nicht aus. Benötigt werden eine adäquate räumliche Ausstattung, insbesondere Differenzierungs- und Therapieräume, sowie zusätzliche Lehr- und Lernmittel, da gerade Schulen, die neu mit Inklusion beginnen, entsprechende Materialpools erst aufbauen.

- In der schulischen Praxis ergeben sich Probleme mit Schülerinnen und Schülern, die aufgrund ihres herausfordernden Verhaltens nicht adäquat in der allgemeinen Schule begleitet und gefördert werden können. Hier bedarf es zusätzlicher Ressourcen für besondere Gruppen, dies umso mehr, wenn es keine entsprechenden Förderschulen mehr geben sollte.
- Die Vorstellung des 9. Schulrechtsänderungsgesetzes, die sich auch in der neuen AO-SF widerspiegelt, dass Kinder in besonderen psychischen Notlagen Förderschulen nur für kurze Zeit besuchen sollen, entspricht nicht der erlebten Realität. Die Zahl der Kinder mit schweren und lang andauernden psychischen Erkrankungen oder schweren Verhaltensauffälligkeiten, die für lange Zeit auf kleine Lerngruppen mit einer entsprechenden intensiven personellen Betreuung angewiesen sind, steigt weiter an. Sie kommen im Gemeinsamen Lernen in großen Klassen ohne durchgehende Doppelbesetzung häufig nicht zurecht.
- Wenn es keine Doppelbesetzung im Unterricht gibt, ergeben sich Herausforderungen, die Sicherheitsfragen im Unterricht, z.B. im Sport-/Schwimmunterricht oder im Experimentalunterricht in Naturwissenschaften betreffen. Die gleichen Fragen ergeben sich z.B. bei Klassenfahrten oder Wandertagen.
- Was die Aufnahme von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf angeht, wird eine Ausweitung des Entscheidungsspielraums der Schulleitungen bei der Auswahl und Zusammenstellung gewünscht und darauf hingewiesen, dass die Kriterien der AO-GS und der APO SI dies nach wie vor nicht ausreichend berücksichtigen. Das auch für die weiterführenden Schulen mit Gemeinsamen Lernen neu eingeführte vorrangige Kriterium der »nächstgelegenen Schule« entspricht häufig nicht dem Elternwillen und erschwert die Akzeptanz bei den Eltern und die Flexibilität der Schulen, auf die besonderen Bedürfnisse einzelner Kinder eingehen zu können.
- Das 9. Schulrechtsänderungsgesetz hat des Weiteren den Vorrang der individuellen Förderung auch

ohne formelle Feststellung des sonderpädagogischen Unterstützungsbedarfs postuliert und daraus auch die Stellenbudgetierung hergeleitet. In der Praxis führt dies zu vielen bisher ungelösten Fragestellungen, zudem besteht der Anspruch auf einen GL-Platz beim Übergang in die weiterführende Schule nur bei festgestelltem Unterstützungsbedarf. Es ist daher damit zu rechnen, dass in den Fällen, in denen Eltern für ihre Kinder den Anspruch auf einen Platz an einer weiterführenden Schule sichern wollen, ein Verfahren spätestens in der 4. Klasse eingeleitet wird.

- Es stellt sich zukünftig, die Frage nach einer adäquaten Weitergabe von Informationen der Grundschulen an die weiterführenden Schulen, um nahtlos diagnostizieren und fördern zu können. Hier müssen auch Datenschutzfragen geklärt werden. Grundsätzlich bedarf es einer Verbesserung der Diagnosekompetenz der allgemeinen Schulen und der Entwicklung von passgenauen Förderplänen.

Fazit

Diese Liste mit Hinweisen aus der Praxis ließe sich sicher noch weiter fortsetzen. Sie illustriert die bestehenden, meines Erachtens berechtigten Fragen und Unterstützungswünsche von Schulen, die die Aufgabe der Inklusion annehmen und gelingend umsetzen wollen. Natürlich ist auch die Stadt Köln als Schulträger gefordert und versucht, dieser Verantwortung im Rahmen der Umsetzung und Weiterentwicklung des Inklusionsplans für Kölner Schulen gerecht zu werden. An das Land ergeht die Bitte, gerade die entscheidenden Fragen der adäquaten Lehrerausstattung, der Unterstützung der Schulleitungen und der Aus-, Fort- und Weiterbildung der Lehrerkollegien sorgsam im Blick zu behalten. Die Weiterentwicklung von Sozial- und Bildungsindizes zur Ressourcensteuerung im schulischen Bereich wird als ein wichtiger Schritt angesehen, für den die Stadt Köln vor dem Hintergrund entsprechender Erfahrungen ihre Unterstützung anbietet.“

Wir gratulieren!

Inklusionspreis NRW 2015 – zwei Kölner Preisträger

Stärkung der Partizipation und Interessenvertretung von Menschen mit Behinderungen

1. Preis: Miteinander leben e.V. Köln (5.000 Euro)
Der seit 50 Jahren aktive Verein hat immer wieder Impulse im Bereich der Behindertenhilfe und der Inklusion gegeben. Mit verschiedensten Einrichtungen im Kölner Süden unterstützt Miteinander leben e.V. das selbstverständliche Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderungen: von der Eltern-Kind-Gruppe über ein inklusives Jugendhaus bis hin zu Wohn- und Freizeitprojekten für Erwachsene. Einige der Einrichtungen sind erfolgreiche Pilotprojekte, wie zum Beispiel die Kindertagesstätte, die dazu beitrug, dass Sonderkindergärten überall in Deutschland verschwanden.

www.miteinander-leben.com

3. Preis: „Mittendrin e.V. – Eine Schule für Alle“, Köln (3.000 Euro)

Die Mitgliedschaft des 2008 gegründeten Vereins besteht aus Eltern von Kindern mit und ohne Behinderung. Etwa ein Viertel der Mitglieder hat einen - vorwiegend türkischen - Migrationshintergrund. Im Vordergrund steht der Gedanke, dass Familien mit behinderten Kindern ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen und als Experten in eigener Sache das inklusive Bildungssystem mitgestalten. Die Tätigkeit des mittendrin e.V. besteht u.a. aus Elternberatung (auch türkisch und spanisch muttersprachlich), Interessenvertretung im politischen Raum, Fortbildung sowie Entwicklung konkreter Modelle zur Unterstützung inklusiver Bildung.

mittendrin e.V., Luxemburger Str.189, 50939 Köln,
www.eine-schule-fuer-alle.info

EINLADUNG

Supervision

für Lehrerinnen und Lehrer

Lehrerinnen und Lehrer empfinden sich oft als Einzelkämpfer und sind bemüht, Schwierigkeiten allein und fehlerfrei zu bewältigen. Ob Unsicherheit, Unzufriedenheit mit sich selbst, Probleme im Umgang mit Schüler/innen oder mit der Schulleitung - mit ihren beruflichen Sorgen bleiben Lehrerinnen und Lehrer häufig allein.

Insbesondere Referendare und Berufsanfänger fühlen sich häufig einem hohen Erwartungsdruck ausgesetzt und stehen im Rahmen ihrer dienstlichen Beurteilungen in einem besonderen Abhängigkeitsverhältnis. Aber auch das Gefühl, von den Kollegen als „Anfänger“ kritisch beäugt zu werden, führt oft zu Unsicherheiten und Belastungen. Gerade auch für diese Gruppe soll das Supervisionsangebot der GEW eine Unterstützung darstellen.

In der Supervision werden berufliche Probleme aufgegriffen, um dann gemeinsam in der Gruppe nach Lösungen zu suchen.

Durch die Reflektion des eigenen Handelns erfahren Lehrerinnen und Lehrer Stärkung in ihrer beruflichen Rolle sowie persönliche Entlastung.

Darüber hinaus fördert die kollegiale Diskussion einen leichteren Umgang mit problematischem Schülerverhalten und hilft bei Problemen im Kollegium. Damit leistet die Supervision einen wesentlichen Beitrag zu einer höheren Arbeitszufriedenheit.

Die GEW bietet zwei Supervisionsgruppen an, die sich alle 3-4 Wochen jeweils dienstags bzw. donnerstags treffen. Die Termine werden mit den Teilnehmern und dem Supervisor jeweils für 4 Termine beim 1. Treffen vereinbart.

Kosten für 4 Termine: GEW-Mitglieder 40 Euro (Nichtmitglieder 80 Euro).

Moderiert werden die Gruppen von Frank Schneider (Systemischer Supervisor (SG) und IBSO-Köln).

„So haben wir uns Gemeinsames Lernen nicht vorgestellt.“

Erfahrungen und Meinungsbilder aus einer Veranstaltung der Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe

von Heinz-Jürgen Kaiser und Christiane Balzer für die Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe

Die Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe hat zu einer Veranstaltung mit Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen Schulformen eingeladen, um Erfahrungen auszutauschen und Gelingensbedingungen für die Umsetzung der Inklusion in der Schule zusammenzutragen. Es wurde deutlich, dass es in einigen Schulen positive Erfahrungen gibt. Überwiegend wiesen die Aussagen von Kolleginnen und Kollegen jedoch auf Probleme hin. Dazu einige Beispiele:

„Vor vier Jahren arbeitete ich in einer Klasse mit 32 Stunden Unterricht, davon 18 Stunden in Doppelbesetzung. Heute hat eine vergleichbare Klasse weiterhin 32 Stunden Unterricht, davon aber nur zehn Stunden in Doppelbesetzung, nämlich sechs Stunden mit einer Lehrkraft für Sonderpädagogik und vier Stunden mit einem Gesamtschullehrer.“

„Ich bin mit einer halben Stelle für vier Klassen zuständig. Eine wirkliche Beziehungsarbeit ist mit der geringen Stundenzahl pro Klasse nicht möglich.“

„Im Kollegium unserer Gesamtschule wird zwischen „guten“ und „schlechten“ Schülern mit Förderbedarf unterschieden. Die „schlechten“ sind die Schüler, die unabhängig von deren Anzahl - über das Budget Lehrerstunden (für Sonderpädagogik) erhalten. Für die „guten“ (Förderschwerpunkte Geistige Entwicklung, Körperlich und motorische Entwicklung, Hören und Kommunikation bzw. Sehen) erhalten wir zusätzliche Lehrerstunden von Sonderpädagogen.“

Diese Aussagen zeigen die Auswirkungen des Stellenbudgets für die Förderschwerpunkte Lernen, Emotionale und soziale Entwicklung und Sprache. Dies bedeutet, dass sich die Besetzung der allgemeinen Schulen mit Lehrkräften für Sonderpädagogik nicht mehr nach der Anzahl der Schülerinnen und Schüler mit dem entsprechenden Förderbedarf richtet, sondern unabhängig davon budgetiert ist.

„Meine Rolle als Sonderpädagoge an der allgemeinen Schule ist unklar: „Bin ich Assistent, Hilfslehrerin,

Berater, bestbezahlte Schulbegleiterin?“

„Ich bin für das Unterrichten und nicht für das Beraten ausgebildet.“

„Wenn ich krank bin, ist nichts geregelt: Ich vertrete im Krankheitsfall den Fachlehrer, aber wer vertritt mich?“

Diese Aussagen weisen auf eine dringend erforderliche Aufgaben- und Rollenklärung der Lehrkräfte für Sonderpädagogik und der Lehrkräfte der allgemeinen Schule hin, um in gemeinsamer Verantwortung tragfähige Konzepte für das Gemeinsame Lernen entwickeln zu können.

„Die Schülerschaft an meiner Schule (Förderschule) verändert sich deutlich. Die massiv herausfordernden Verhaltensweisen und psychiatrischen Auffälligkeiten nehmen zu.“

„An meine Förderschule kommen im laufenden Schuljahr frustrierte Schüler aus dem Gemeinsamen Lernen zurück, da sie dort nicht zurechtkommen und die Kolleginnen und Kollegen an der allgemeinen Schule mit ihnen überfordert sind.“

„Aus meiner subjektiven Sicht als Schulleiterin werden Kolleginnen und Kollegen häufiger und länger krank.“

„Ich habe heute erfahren, dass von meiner Schule ein Kollege oder eine Kollegin abgeordnet werden soll – ab nächste Woche. Ich habe noch nie in der Sekundarstufe I gearbeitet und bin eine mögliche Kandidatin für die Abordnung.“

„Ich habe Angst um meinen Arbeitsplatz an meiner Schule, aufgrund der geringen Schülerzahl steht die Schulschließung im Raum.“

Auch die Belastungen an den Förderschulen steigen aufgrund der strukturellen Veränderungen, die das Gemeinsame Lernen mit sich bringt. Hinzu kommt die Unsicherheit über den Arbeitsplatz, da durch die Umsetzung der Mindestgrößenverordnung immer mehr Förderschulen schließen müssen.

„Ich soll später im Gemeinsamen Lernen arbeiten, aber von einer Ausbildung im Gemeinsamen Lernen raten mir meine Fachleiterinnen und Fachleiter ab.“

Diese Aussage weist auf die noch zu lösenden Probleme in der Ausbildung hin.

Damit Gemeinsames Lernen gelingen kann hier eine Auswahl an Forderungen:

„Ich brauche dringend Fortbildung, um den neuen Aufgaben gerecht zu werden.“

„Die allgemeine Schule muss die Schulentwicklung vorantreiben. Nicht ich als Sonderpädagoge bin allein für den Erfolg des Gemeinsamen Lernens an meiner Schule verantwortlich.“

„Wir brauchen eine fest verankerte Teamstunde mit den Kolleginnen und Kollegen der allgemeinen Schule.“

„Unsere Beratungszeiten müssen als Arbeitszeit berücksichtigt werden.“

„Ich wurde als Schulleitung aufgefordert, umgehend eine Kollegin, einen Kollegen zur Abordnung vorzuschlagen. Ich brauche aber die Zeit, um dies gemeinsam mit meinem Kollegium zu entscheiden. Die Personalplanung kann nicht so kurzfristig funktionieren.“

Diese Sammlung von Aussagen und möglichen Gelingensbedingungen erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit. Sie spiegeln die Erfahrungen von Sonderpädagogen in Förderschulen und im Gemeinsamen Lernen wieder und zeigen auch die Bedarfe der Lehrkräfte der anderen Schulformen.

Das Thema Inklusion wird uns als Fachgruppe weiter begleiten. Die GEW setzt sich auf allen Ebenen intensiv mit diesem Thema auseinander und startet aktuell eine Inklusionskampagne. Nähere Informationen zu Veranstaltungen findet ihr auf der Internetseite des Stadtverbandes.

AK Inklusion

Nächstes Treffen am 17. November 2015 um 19 Uhr
im DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz 1.

Nachteilsausgleich für SchülerInnen?!

Wer kann einen Nachteilsausgleich bekommen, und wie kann er aussehen? Wie sehen die Besonderheiten in den einzelnen Schulformen aus?

Referent: Michael Blatzheim, Inklusionskoordinator
am Schulamt für die Stadt Köln

EINLADUNG

Jubilar-Ehrung der GEW

Ehre wem Ehre gebührt: Nur mit der Unterstützung und dem Engagement der Mitglieder sind viele Erfolge der GEW möglich gewesen. Für langjährige Mitgliedschaft möchte die GEW daher diejenigen Kolleginnen und Kollegen ehren, die 25, 40 oder 50 Jahre Mitglied der GEW sind.

Die Jubilar-Ehrung findet statt am

**Freitag, den 20. November 2015
ab 18 Uhr**

Im Kleinen Saal des Bürgerhauses Stollwerck
in der Südstadt

Speisen, Getränke und kabarettistische Kultur-Einlagen bieten den Rahmen für einen anregenden Abend, an dem man sich nochmal wiedertreffen und austauschen kann.



Internationale Förderklassen an den Berufskollegs in Köln

von Wolfgang Hardenacke

Zehntausend entwurzelte Kinder und Jugendliche aus Flüchtlingsfamilien müssen in deutschen Schulen in den Unterricht integriert werden. Sie kommen aus den gebeutelten Ländern des Nahen Ostens, wo derzeit etwa dreizehn Millionen Kinder nicht zur Schule gehen können. Ihre Schulgebäude sind kaputt, oder der Weg dahin ist zu gefährlich, viele Lehrkräfte sind geflohen. All das gehört zur Bilanz des erst vor einigen Wochen veröffentlichten Unicef-Berichts „Education Under Fire“ - Bildung unter Beschuss. Ein Vertreter von Unicef sagt: „Nicht nur Schulen liegen in Trümmern, sondern auch die Träume und Zukunftsaussichten einer ganzen Generation von Schulkindern.“

Welche Anstrengungen unternimmt die Kölner Stadtverwaltung?

Angesichts der akuten Flüchtlingssituation steht die Stadtverwaltung vor großen Problemen. Die Verfahren zur Schulzuweisung sind kompliziert und dauern zu lange, auch, weil die Informationspolitik der Stadtverwaltung gegenüber den Eltern unzureichend ist. Federführend ist das Kommunale Integrationszentrum, wo die Erfassung und Schulzuweisung der Kinder und Jugendlichen erfolgt. Obligatorisch ist die Schuleignungsuntersuchung im Gesundheitsamt. Im günstigsten Fall dauert diese ganze Prozedur drei Monate. Die Schuldezernentin Agnes Klein hat inzwischen aber zugesichert, dass die Verfahren beschleunigt werden.

Welche Möglichkeiten zum Schulbesuch haben die Kinder und Jugendlichen? Seit vielen Jahren gibt es an Kölner Berufskollegs die Internationalen Förderklassen (IFK). Zielgruppe sind Jugendliche ab 16 Jahren mit geringen Deutschkenntnissen, die erst seit kurzem als Asylsuchende oder Flüchtlinge hier eingereist sind. Der Schwerpunkt des Unterrichts liegt auf dem Erwerb und der Vertiefung von Deutschkenntnissen. Die Verbesserung der Allgemeinbildung und die Vermittlung beruflicher Grundkenntnisse sind

ebenfalls wichtige Bildungsziele der IFK. Auf Grund der psychosozialen Situation der Heranwachsenden werden diese sozialpädagogisch betreut.

Welche Unterrichtsorte der Internationalen Förderklassen gibt es?

Je nachdem, welche berufliche Orientierung gewünscht ist, kommen folgende Berufsfelder an den nachfolgenden Berufskollegs in Frage:

Berufsfeld *Wirtschaft und Verwaltung*

Berufskolleg Südstadt, Zugweg 48, 50677 Köln
Alfred-Müller-Armack-Berufskolleg,
Brüggener Str. 1, 50969 Köln

Barbara-von-Sell-Berufskolleg,
Niehler Kirchweg 118, 50733 Köln

Berufskolleg Deutzer Freiheit,
Eumeniusstr. 4, 50679 Köln

Erich-Gutenberg-Berufskolleg,
Modemannstr. 25, 51065 Köln

Berufsfeld *Metall- und Elektrotechnik*

Werner-von-Siemens-Berufskolleg,
Eitorfer Str. 18, 50679 Köln

Berufskolleg Porz,
Hauptstr. 426 – 428, 51143 Köln

Berufsfeld *KFZ-Technik und Informationstechnik*

Nicolaus-August-Otto-Berufskolleg,
Eitorfer Str. 16, 50679 Köln

Berufsfeld *Bau- und Holztechnik*

Berufskolleg Ulrepforte,
Ulrichgasse 1 – 3, 50676 Köln

Berufsfeld *Friseur oder Hauswirtschaft und Gesundheit*

Berufskolleg Humboldtstraße,
Humboldtstr. 41, 50676 Köln

Berufsfeld *Ernährung, Hauswirtschaft, Textiltechnik*

Berufskolleg Ehrenfeld,

Weinsbergstr. 72, 50823 Köln.

Die Maßnahme dauert ein Schuljahr und beginnt nach den Sommerferien.

Welche Perspektiven haben die Schülerinnen und Schüler der IFK?

Nach dem erfolgreichen Besuch der Internationalen Förderklasse besteht die Möglichkeit, in weiterführenden schulischen Bildungsgängen einen Schulabschluss zu erwerben. So ist zum Beispiel der Erwerb des Hauptschulabschlusses möglich. Nähere Hinweise findet man in den Verwaltungsvorschriften der BASS, APO-BK, Seite 13 ff.

Wo erfolgen Anmeldung, Beratung und Zuweisung?

Kommunales Integrationszentrum der Stadt Köln, Rheingasse 11, 50676 Köln
Ansprechpartnerinnen:

Barbara Hofmann, Telefon 0221 / 221 – 29536

Barbara.hofmann@stadt-koeln.de

Claudia Lensing-Klassen,

Telefon 0221 / 221 – 29580

Claudia.lensing-klassen@stadt-koeln.de

Beratungszeit:

Dienstags, von 14.00 – 17.00 Uhr
und nach Vereinbarung

NACHRUF

Nur die älteren Ruheständler/innen werden

SABINE WILLEMS

noch kennen.

Dabei war sie für die Existenz des Ausschusses Aktive Ruheständler ganz wichtig.

Geboren 1928 in Halle, kam sie erst nach dem Krieg durch ihre Heirat nach Köln.

Und erst spät, nachdem ihre Kinder groß genug waren, ging sie in den Schuldienst.

Nach ihrer Pensionierung Anfang der 90iger Jahre setzte sie sich in der GEW für eine Interessenvertretung der älteren Mitglieder ein.

Sie war eine maßgebliche Initiatorin zur Gründung eines Arbeitskreises „50 plus“, aus dem dann wenig später der Ausschuss „Aktive Ruheständler“ wurde. Dessen langjährige Vorsitzende blieb sie, bis sie sich aus Gesundheitsgründen von der aktiven Arbeit zurückziehen musste.

Am 22. Juli 2015 ist sie gestorben.

Wir danken ihr für ihr energisches Engagement
ihre zuverlässige und fürsorgliche Arbeit.

Die Aktiven Ruheständler/innen im
Stadtverband Köln

WIR STELLEN UNS QUER

25. Oktober 2015

KEIN RASSISMUS BEI UNS IN KÖLN



Im Bündnis *Köln stellt sich quer* wirken regelmäßig mit: DGB Köln-Bonn, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, christliche, jüdische und muslimische Religionsgemeinschaften, AG Arsch huh, VVN-BdA, ver.di, IG Metall, Verein EL-DE-Haus u.v.a. Vi.S.d.P.: Hajo Leib, Postfach 250 369, 50519 Köln



Aktionstag am 25. Oktober 2015 Köln kuschelt nicht vor Nazis. Schützt Flüchtlinge und die Menschenwürde!

Vor einem Jahr geriet Köln in die Schlagzeilen mit Berichten und Bildern von der ‚Hogesa‘-„Demonstration“. Uns allen in Köln sind noch die erschreckenden Bilder der Gewaltexzesse der Hooligans und Neonazis in Erinnerung.

Zum Jahrestag am 25. Oktober 2015 hat die ‚Hogesa‘ erneut eine Demonstration in Köln angemeldet – eine knallharte Provokation!

Unter dem Deckmantel ‚Hooligans gegen Salafisten‘ bedroht ‚Hogesa‘ Menschen, verherrlicht rechtsextremes Gedankengut, bringt Gewalt auf die Straße – und bedroht damit letztlich uns alle. Dieselben Personen, die im letzten Jahr in Köln wüteten, wollen dies nun feiern. Wir fordern Polizei und vor allem die Gerichte auf, diese Nachfolgeveranstaltung zu verbieten!

Die verheerenden Anschlagsserien gegen Flüchtlings-Unterkünfte durch rechtsextremistische Kreise, die hasserfüllten Pöbeleien der Nazis wie der „Wutbürger“, etwa in Heidenau oder Freital gegen Kriegs- und Krisen-Flüchtlinge sind Ausdruck einer anderen Form rechtsextremen Gedankengutes. Sie sind ein Anschlag auf die Menschenwürde!

Deshalb ist es wichtig, dass die Kölner Zivilgesellschaft sich den Hooligans und Nazis entgegenstellt und deutlich macht, dass sie in Köln nicht willkommen sind.

„Köln stellt sich quer“ und „AG Arsch huh...“ rufen auf: Kommt / Kommen Sie am 25. Oktober 2015 in die Innenstadt!

Gemeinsam – wie schon bei den erfolgreichen Aktionen gegen „Kögida“ im Januar 2015 – finden am Sonntag, den 25. Oktober, ab 12 Uhr vielfältige Protestaktionen statt:

- Auftaktkundgebung vor der Kunibertskirche und Demonstration, um die AnwohnerInnen des Kuniberts- und Eigelstein-Viertels, die 2014 besonders unter ‚Hogesa‘ gelitten hatten, diesmal zu schützen.
Köln stellt sich quer, Arsch huh
- Auftaktkundgebung auf dem Bahnhofsvorplatz mit anschließender Demonstration Richtung Eigelstein.
Köln gegen Rechts, Kein Veedel für Rassismus
- Am Eigelsteintor / Ebertplatz wird zur gleichen Zeit ein Kunst- und Kulturfest des Bündnisses „BIRLIKTE – Zusammenstehen“ stattfinden. In einem Programm aus Wort- und Musikbeiträgen will BIRLIKTE mit der Kraft der Kultur demonstrieren, wofür wir alle stehen: Für Vielfalt, für Verständigung, für eine solidarische Stadtgesellschaft und für die Vertiefung des Zusammenhalts im Alltag.
Arsch huh Birlikte

Tippelschritte führen nicht zur Reform Wissenschaftszeitvertragsgesetz

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat sich für eine Überarbeitung des am 2. 9.2015 vom Bundeskabinett beschlossenen Gesetzentwurfs zur Novellierung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes ausgesprochen. „Zwar ist die Regierung der GEW in einzelnen Punkten etwas entgegengekommen und hat den Referentenentwurf von Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) nachgebessert. Doch der Gesetzentwurf lässt weiter zu viele Schlupflöcher, das Hire-and-Fire-Prinzip an Hochschulen und Forschungseinrichtungen fortzusetzen. Tippelschritte führen nicht zu der Reform, auf die die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler warten“, betonte Andreas Keller, stellvertretender Vorsitzender und Hochschulexperte der GEW. Er lobte die Aufnahme einer behindertenpolitischen Komponente in den Gesetzentwurf, die auch die GEW in ihrem Gesetzentwurf vorgeschlagen hatte. „Zeitverträge mit behinderten und chronisch kranken wissenschaftlichen Beschäftigten sollen künftig über die Höchstbefristungsdauer von zwölf Jahren hinaus verlängert werden können – eine überfällige Regelung im Sinne eines Nachteilsausgleichs“, sagte Keller. Positiv sei weiter, dass die Vorgaben für Mindestlaufzeiten von Zeitverträgen im Gesetzentwurf verbindlicher ausgestaltet werden sollen als im Referentenentwurf geplant. „Aus der bisherigen Soll- wird eine Muss-Bestimmung: Die Befristungsdauer muss künftig der Qualifizierung angemessen sein. Damit hat die Bundesregierung eine Forderung der GEW aufgegriffen. Um dem Wildwuchs an Kurzzeitverträgen einen Riegel vorzuschieben, sollte aber zusätzlich eine Untergrenze von drei Jahren für Arbeitsverträge mit Doktorandinnen und Doktoranden vorgesehen werden“, mahnte der GEW-Hochschulexperte. Damit das Gesetz das Befristungsunwesen in der Wissenschaft eindämmt, seien weitere Korrekturen des Regierungsentwurfs notwendig, gab Keller zu

bedenken. „Wer einen Arbeitsvertrag zur Qualifizierung erhält, der befristet ist, muss einen Anspruch darauf haben, sich während der Arbeitszeit zu qualifizieren. Für Daueraufgaben in Forschung und Lehre muss es Dauerstellen geben. Weiter brauchen wir eine verbindliche Ausgestaltung der familienpolitischen Komponente des Gesetzes: Wer Kinder betreut, muss einen Anspruch auf Vertragsverlängerung bekommen. Und schließlich muss die Tarifsperre endlich aus dem Gesetz gestrichen werden: Wie in allen anderen Branchen sollten Arbeitgeber und Gewerkschaften auch in der Wissenschaft sachgerechte Befristungsregelungen aushandeln dürfen“, unterstrich der GEW-Vize.

Aktionswoche Traumjob Wissenschaft

Es ist etwas faul an Deutschlands Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Neun von zehn wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern haben einen Zeitvertrag, über die Hälfte der Zeitverträge hat eine Laufzeit von unter einem Jahr. Lehrbeauftragte müssen als Dumping-Lehrkräfte herhalten. So kann es nicht weitergehen. In diesem Herbst werden in der Wissenschaft Weichen gestellt: Das Gesetzgebungsverfahren für ein neues Befristungsrecht ist eingeleitet, Bund und Länder verhandeln über einen Pakt für stabilere Beschäftigungsbedingungen. Sie kommen damit der GEW etwas entgegen – doch bisher nur in Trippelschritten.

Darum ist jetzt das Zeitfenster, um aktiv zu werden. Wir wollen den Druck auf Bund und Länder, Hochschulen und Forschungseinrichtungen erhöhen, damit es zu einer substanziellen Verbesserung von Beschäftigungsbedingungen und Berufswegen in der Wissenschaft kommt – mit einer kraftvollen Aktionswoche vom

2. bis zum 6. November 2015.

Bei allen Veranstaltungen der Fachgruppen und Arbeitskreise sind Interessierte aus anderen Schulformen und Bildungsbereichen herzlich willkommen.

Alle Veranstaltungen finden, wenn nicht anders angegeben, statt
im Kölner DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz 1,

Fachgruppentermine, die nach Redaktionsschluss eingehen, sind im Internet zu finden unter
www.gew-koeln.de

FG Grundschule

Montag, 23.11.2015, 18.30 Uhr
kleiner Sitzungszimmer (1.OG)
Aktuelles aus den Schulen
Vorbereitung der Personalratswahl 2016 - Konzept
und Aufstellung der Liste
Wolfgang Raabe, Tel.: 02203/51342
Martina Schütte, Tel.: 02236/321318

FG Hauptschule

Karin Distler, E-Mail: karin.distler@gmx.net
Claudia Seidel, E-Mail: claudia.seidel1209@googlemail.de

FG Sonderpädagogische Berufe

Heiner Brokhausen, Tel.: 02227/830567
Heinz-Jürgen Kaiser, Tel.: 0221/6161828

FG Gesamtschule

Donnerstag, 22.10.15, 17.30 – 19.30 Uhr
Weitere Treffen:
19.11.2015 und 18.2.2016,
jeweils 17.30h - 19.30h im DGB-Haus, 1. Etage
Peter Heim, Tel.: 0221/743094
Werner Balfer, Tel.: 0221/745180

FG Realschule

Maria Backhaus 0221/16932167
Katrín Reininghaus 0221/331647
Elke Görden-Schmickler 0221/419327

FG Berufskolleg

Dimitrios Konstantinidis, Tel.: 02175/8897946

FG Weiterbildung

Dienstag, 20.10.2015 um 18.30 Uhr
Großer Saal im DGB-Haus
Dienstag, 27.10.2015
Protesttag VHS (siehe S. 9)
Max-Georg Beier, maxbeier@hotmail.com

FG Gymnasium

Dienstag, 20.10.15, 19 Uhr kleiner Sitzungssaal
„Wenn der Runde Tisch scheitert - Alternativen der
GEW zu G8 und G9“
Referent: Heribert Schmitt
Zudem: Nominierung der Kölner Kandidatinnen
und Kandidaten für die Personalratswahl 2016 sowie
Wahl der Delegierten für die Landesdelegierten-
konferenz (LDK) und Bezirksdelegiertenkonferenz
(BDK)
Donnerstag, 22.10.15 um 16.00 Uhr
Bewerbungstraining Großer Saal
Dr. Alexander Fladerer, Tel.: 0221/4305633
Andreas Haenlein, Tel.: 0221/9458678
Heike Wichmann, Tel.: 0221/422354
Gudrun Skeide-Panek, Tel.: 02232/29833

FG Kita

Brunhilde Seeber, Tel.: 0163/9158338
Treffen jeden zweiten Montag im Monat 18:30 Uhr

FG Hochschule und Forschung (HuF)

Treffen jeden zweiten Mittwoch im Monat
Mittwoch, 11. November 2015, um 17:30 Uhr
Mittwoch, 9. Dezember 2015, um 17:30 Uhr
Aktionswoche Traumjob Wissenschaft:
2. bis 6. November, siehe Seite 25.
Ort: Universität zu Köln, Zoologischen Institut,
Zülpicherstr. 47b, Raum 2.009
(U-Bhf Köln-Süd/Dasselstr.)
Anne Klein, anne.klein@uni-koeln.de

AK LehrerInnen und ErzieherInnen von Migrantenkindern (LEMK)

Der Arbeitskreis LEMK trifft sich gemeinsam mit den Arbeitsgruppen HSU und Seiteneinsteigerklassen (Internationale Förderklassen) jeden 1. Montag im Monat. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen.

Montag, 2.11.15 um 18 Uhr

Großer Saal (1. OG), siehe Seite 28

Montag, 7.12.15 um 17.00 Uhr

kl. Sitzungszimmer (1. OG)

Hasan Taskale, Tel.: 02204-55869

Beate Kleifgen, beatekleifgen@web.de

Helena Rohm-Schnak: helnorosch@unitybox.de

AK homosexuelle Lehrkräfte

Donnerstag, 3. Dezember 2015, 19 Uhr

DGB-Haus Seminarraum (Erdgeschoss)

„Homosexualität, Literatur und Unterricht“

Vortrag und Diskussion mit Prof. Dr. Wolfgang Popp, Gründer und langjähriger Leiter des Lehr- und Forschungsgebiets „Homosexualität und Literatur“ an der Universität Siegen (angefragt). Im Anschluss

Besuch des Weihnachtsmarktes am Stadtgarten.

Wir treffen uns jeden 1. Donnerstag im Monat.

Wir sind auch offen für lesbische Lehrerinnen.

Bodo Busch, E-Mail: bodo.busch@netcologne.de

Björn Kiefer, E-Mail: b.kiefer1@gmx.de

AK Offener Ganzttag

Mittwoch, 18. November 2015 um 18.00 Uhr im Tagungsraum (EG)

Thema: Inklusion im Offenen Ganzttag – Erfahrungsaustausch

Hildegard Merten, eMail: hi-merten@web.de

Max-Georg Beier, eMail: maxbeier@hotmail.com

AK Schulentwicklung

Klaus Minartz, Tel.: 0221/526722

AK Inklusion

17. November 19 Uhr

Tagungsraum

Thema: Nachteilsausgleich

Referent: Michael Blatzheim, Inklusionskoordinator

Uschi Kellermann, Tel.: 0221/16846200

AK Schulsozialarbeit

18. Januar 2016, 17-19 Uhr

Sitzungszimmer

Johannes Vogel, E-Mail: ijvogel@t-online.de

Lutz Schörken-Koch, E-Mail: luschko@web.de

AK Betriebsräte/Mitarbeitervertretungen

Dienstag, 20.10.2015 um 9.30 Uhr

kleines Sitzungszimmer (1.OG)

Nina Goerges, Tel.: 0221/516267

Unsere Hotline für Betriebsräte und Mitarbeitervertretungen:

betriebsraete@gew-koeln.de ist jederzeit erreichbar.

AK Angestellte Lehrkräfte

Montag, 19.10.15 um 18 Uhr

19. Oktober 2015, 18 Uhr, Naturfreundehaus Mitte, Franz-Hitze-Str. 8

(Straße hinter dem DGB-Haus)

Weitere Termine:

9. November 2015, 18 Uhr, DGB-Haus, Tagungsraum EG

7. Dezember 2015, 18 Uhr, DGB-Haus, Großer Saal 1. Etage

Hildegard Achilles, E-Mail: abhikachilles@web.de

Christina Krautwurst, E-Mail: christinakrautwurst@gmx.de

EINLADUNG

zur Veranstaltung

Bildungschancen für Sinti- und Roma- Kinder

Montag, den 2. November 2015,
18:00 Uhr
Großer Saal, DGB-Haus Köln,
Hans-Böckler-Platz 1

- Kurzer Vergleich der Sprachen Deutsch und Romanes (Grammatik, Lautbildung, Wichtiges für den Unterricht „Deutsch als Fremdsprache“);
- Absentismus (die Folgen des Aufenthaltstatus für den Schulbesuch);
- Unterstützung gegen Diskriminierung von Sinti- und Roma-Kindern in der Schule;
- Fragen der Teilnehmenden

Arbeitskreis LehrerInnen und ErzieherInnen von Migrantenkinder im
GEW-Stadtverband Köln und
ROM e.V.



„Wir stehen auf“

vom Amen Ushta Team

Amen Ushta ist das neuste Projekt des Rom e. V. Der Name bedeutet: „Wir stehen auf.“ In dem Projekt geht es um die schulische Förderung von Roma-Flüchtlingskindern und von Kindern aus bulgarischen und rumänischen Familien, die im rechtsrheinischen Köln leben.

Vorgeschichte

Dieses Projekt ist an fünf ausgewählten rechtsrheinischen Grundschulen angesiedelt und bezieht sich direkt auf die gesetzliche Verpflichtung der Schulen zur Inklusion. Armut, unsicherer Aufenthalt, katastrophale Wohnsituationen, mangelnde Sprachkenntnisse und Ablehnung durch die Mehrheitsgesellschaft unterstützen eine erfolgreiche Schulkarriere bekanntlich nicht. Außerdem fehlen Schulplätze in großer Zahl, da die Stadt Köln weder mit einer wachsenden Zahl von Einwanderern, noch mit größeren Flüchtlingsströmen gerechnet hatte, obwohl die gesetzlichen Voraussetzungen für die Einwanderung aus Osteuropa gegeben war und sich, ebenfalls absehbar, die Situation in den Herkunftsländern der Flüchtlinge eher verschlechtert hat. So fehlten seit 2013 viele Schulplätze und es kam zu langen Wartezeiten (ein halbes Jahr und länger).

Im Juni 2013 wurde der Rom e. V. von der Schuldezernentin Frau Dr. Klein gebeten, im rechtsrheinischen Köln ein zweites Amaro Kher zu betreiben. Die Finanzierung sollte von „Wir helfen“ und der Waisenhausstiftung übernommen werden.

Der Rom e. V. entschied sich nach gründlichen Überlegungen und internen Diskussionen gegen ein zweites Amaro Kher und legte ein Konzept zur Förderung der Einwanderer- und Flüchtlingskinder direkt an den Grundschulen vor. Diese Idee wurde vom Jugendamt (Herrn Völlmecke) aufgegriffen und unterstützt. Nach einigen Rückschlägen und Abstrichen am ursprünglichen Konzept startete Amen Ushta zu Schuljahresbeginn 2014/15, statt im Februar 2014, wie ursprünglich geplant.

Das Team über seine Arbeit im Projekt

„Amen Ushta“ ist ein Projekt des Rom e.V. Köln zur Bildungsförderung von Roma Kindern und Jugendlichen. Ziel unserer Arbeit ist die Unterstützung von Eltern und Kindern bei der Integration in das deutsche Bildungssystem und in die deutsche Gesellschaft. Um unser Ziel, die

„Schulfähigkeit“ der teilnehmenden Kinder zu erreichen, gehen wir folgendermaßen vor:

Analyse

In einem ersten Schritt analysieren wir über Hospitation in den Klassen und über einen spielerischen Test die aktuelle Situation. So beobachten wir die sozialen, körperlichen und schulischen Kompetenzen der Kinder. Bei einem Hausbesuch lernen wir die Lebensumstände der Familien kennen. Nun entwickeln wir in enger Absprache mit allen Beteiligten (Schulen, Jugendhilfeeinrichtungen) einen maßgeschneiderten Förderplan für die Kinder und wenn es nötig ist einen Hilfeplan für die Familien. Über regelmäßige Treffen dokumentieren wir die Fortschritte „unserer“ Familien und passen unsere Förderung und Hilfen an.

Förderung

Die drei Bestandteile der Förderung sind Mediation, Elternarbeit und Deutschförderung. Über die Methoden unserer Arbeit werden wir an der Veranstaltung selbst ausführlich berichten.



EINLADUNG

Lebendiges Romanes in Köln

in Kindertagesstätten, Schule und
LehrerInnenbildung

Fachtagung am 26.10.2015 in Köln

In Köln leben zahlreiche Roma und Sinti, viele von ihnen sind Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, die Kölner Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen besuchen. Die öffentliche Wahrnehmung der Rom-Völker ist meist von negativen oder kitschig-romantisierenden Diskursen bestimmt, die wiederum vor allem durch jahrhundertalte, oft angstbesetzte Bilder aber auch von grobem Unwissen geprägt sind. Dieses betrifft auch die Sprache der Minderheit, in der das Wissen der Roma aufbewahrt wird. Der Gebrauch des Romanes als Literatursprache wurde durch die soziale und kulturelle Stigmatisierung der Sprache(n) und ihrer SprecherInnen lange Zeit verhindert.

Ziel der Tagung ist eine Bestandsaufnahme zur Bedeutung des Romanes in Kindertagesstätten, Schulen und LehrerInnenbildung in Köln. Eine Einbeziehung des Romanes in Unterricht und Lehre sowie die Wertschätzung und der Erhalt der Sprache(n) sollen mit VertreterInnen aus Wissenschaft, Politik und Praxis diskutiert werden.

Programmablauf und Inhalte der Workshops sowie Anmeldung bis zum 30.9.2015 unter: <http://www.bildung.koeln.de/Romanes-Koeln>

Ein Teilnahmebeitrag wird nicht erhoben. Die Teilnahme an der Verpflegung ist optional und muss bei der Anmeldung verbindlich angegeben werden (12,00 EUR). Die Teilnehmendenzahl ist auf 150 Personen begrenzt.

Tagungsort und Anreise
IN VIA-Zentrum,
Stolzestraße 1a, 50674 Köln

EINLADUNG

Die Sonderpädagogik von Morgen beginnt HEUTE

Ort: Humanwissenschaftliche Fakultät der
Universität zu Köln, Klosterstraße 79b, 50931 Köln

Termin: 30.10.2015 10:00-18:00 Uhr

Referenten: Prof. Dr. Kluge / Prof. Dr. Walken-
horst / Ruppert Heidenreich / Prof. Dr. Januszewski
/ MA Rita Michel-Sittler / MA Angelika Schmidt /
Prof. Dr. Hennemann

Tagungsleitung: Birgit Martin

Zielgruppe: LehrerInnen/Lehrende/Studierende
aus dem Bereich Förderschulen, Emotional-Soziale
Förderung und aller Schulformen

Gebühren: Für GEW-Mitglieder: 0,00 € / für
Nichtmitglieder: 10,00 €

Was bedeutet es HEUTE an einer humanwissen-
schaftlichen Fakultät zu lehren und zu studieren?
Wie muss Lehrerausbildung in Zeiten der Inklusion
gestaltet werden? Welche Erfahrungen in Studium
und Lehre sind nützlich für notwendige
Veränderungen?

Die GEW und die Kölner Community of Science
laden zu einer Tagung ein, die Lehre und Lernen als
Einheit von Kopf, Herz und Hand, von Fachwissen
und Praxistransfer, von Persönlichkeit und Haltung,
von Beziehung und Erziehung skizziert.
Dienstbefreiung kann beantragt werden.
Anmeldungen bitte schriftlich per E-Mail an
weiterbildung@gew-nrw.de

mit Angabe von Name und Privatadresse.
Für die Planung und Durchführung dieses Seminars
WBG 15-203 ist das DGB-Bildungswerk NRW e.V.
verantwortlich.



Gesetz zur Lehrer- ausbildung: überarbeitet

von Klaus Minartz

*Das MSW hat das Gesetz zur Lehrerausbildung über-
arbeitet. Der Gesetzesentwurf ist Ende September vom
Kabinett gebilligt worden. Die wichtigsten Eckpunkte
in Kurzform.*

Großzügigere Fristen für Studenten, die noch Staatsexamen machen

Im letzten forum wurden die im Referentenentwurf
beabsichtigten Auslaufregelungen für die Staats-
examens-Studiengänge kritisiert. Wer vor 2009 sein
Studium mit dem Ziel Staatsexamen begonnen hat,
muss eigentlich spätestens 2016 oder 2017 - je nach
Schulbereich - das Studium abgeschlossen haben.
Diese Fristen bereiten vielen StudentInnen Proble-
me. Das Gesetz sieht nun vor, die Fristen um ein Jahr
- bei Härtefällen zwei Jahre - zu verlängern. Betroffen
sind laut MSW in Köln 1.800 StudentInnen.

Basiskompetenz in Sonderpädagogik

Seit August 2014 gibt es einen Rechtsanspruch auf
inklusives Lernen. Das stellt die Schulen vor große
Herausforderungen. Künftig sollen deshalb alle
LehrerInnen bereits in der Ausbildung Basiskom-
petenzen in Sonderpädagogik vermittelt bekommen.

Weniger Latein

Angehende LehrerInnen, die eine moderne Fremd-
sprache am Gymnasium oder in einer Gesamtschule
unterrichten wollen, müssen keine Latein-Kenntnis-
se mehr nachweisen. Bei LehrerInnen für Geschichte
und Philosophie reicht das kleine Latinum.

Erleichterungen für QuereinsteigerInnen

An den Berufskollegs herrscht Lehrermangel, ins-
besondere in den technischen Fächern. Um dem zu
begegnen, soll QuereinsteigerInnen der Einstieg in
das Lehramt an Berufskollegs erleichtert werden.
Das gilt zum einen für AbsolventInnen einer Fach-
hochschule - ihre Leistungen sollen besser angerech-
net werden. Zum anderen gilt es für AbsolventInnen
eines ingenieurtechnischen Studiums. Sie müssen

künftig nicht mehr zwei Fremdsprachen vorweisen
-Englisch genügt.

Praktika auch außerhalb der Schule

Zu Beginn des Studiums müssen neue LehrerInnen nur noch ein Praktikum machen: ein 25-tägiges Orientierungspraktikum in einer Schule. Am Ende des Bachelor-Studiums soll es zudem ein Berufsfeldpraktikum geben, das außerhalb von Schulen, zum Beispiel in der Kinder- und Jugendhilfe, geleistet wird.

Islamische Religionslehre als Lehramts-Fach

Die Liste der zugelassenen Studienfächer für das Lehramt wird erweitert - und zwar um das Fach „Islamische Religionslehre“.

Digitale Kompetenz wird Pflicht

Angehende PädagogInnen sollen sich mit den neuen Medien und digitalen Hilfsmitteln auskennen. Ab 2018 soll mindestens eine der abzuliefernden Lehrproben unter Anwendung digitaler Medien erstellt sein.



EINLADUNG

Infoveranstaltungen für Lehramtsstudierende zum Referendariat

von Martin Mackenbach,
HIB Köln (hib@gew-koeln.de)

Das erste Staatsexamen oder den Master fast in der Tasche? Fragen über Fragen, wie es nach dem Abschluss weiter geht? Dann bist Du bei uns genau richtig, denn wir machen Dich fit fürs Referendariat! Das Hochschulinformationsbüro (HIB) der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Köln, informiert Dich über die Bewerbung zum Vorbereitungsdienst in NRW, über Ablauf und Struktur des Vorbereitungsdienstes und über das, was Euch nach dem Referendariat erwartet. Nutzt die Chance, kommt vorbei und informiert Euch!

**LA Berufskolleg &
LA Gymnasium/Gesamtschule**
26. Oktober 2015 von 17.45 – 19.15 Uhr
Hörsaal VIII, Hauptgebäude.

LA GHR (Grundschule & HRGe)
28. Oktober 2015 von 17.45 – 19.15 Uhr
H 113 (236), IBW-Gebäude

LA Sonderpädagogik
29. Oktober 2015 von 17.45 – 19.15 Uhr
H 113 (236), IBW-Gebäude



EINLADUNG

zur Ausstellung

Japans Liebe zum Impressionismus von Monet bis Renoir

Rund 90 in Europa weitgehend unbekannte impressionistische Meisterwerke von Monet, Manet, Cézanne, Gauguin, Pissarro, Renoir, Sisley, van Gogh und anderen werden erstmals wieder in Europa gezeigt.

Bundeskunsthalle BONN
Friedrich-Ebert-Allee 4
53113 Bonn
am **26.1.2016**

Treffpunkt 11.00 Uhr im Foyer des Museums

Kostenbeitrag: 7,50 €

Anfahrt mit dem Auto sowohl von der A 555/565 (Ausfahrt Poppelsdorf) als auch von der A 59 (Ausfahrt Bad Godesberg)

Das Parkhaus der Apcoa Parking in unmittelbarer Nähe zum Kunstmuseum Bonn (Emil-Nolde-Straße) bietet günstige Parkplätze.

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, deshalb bei der GEW Geschäftsstelle verbindlich anmelden 0221-516267 und im Verhinderungsfall auch wieder abmelden. Teilen Sie bei der Anmeldung mit, ob Sie evtl. eine Mitfahrgelegenheit anbieten oder suchen.



Flutterhafte Begegnungen



von Helga Löbbert

Seit der Zünsler in unseren Garten eingefallen ist und äußerst gefräßig den Buchsbaum vertilgt, tendiert meine Sympathie für „die kleine Raupe Nimmersatt“ und ihre Metamorphosen gegen Null. Folglich stieg ich mit gemischten Gefühlen in den Bus, um „den Garten der Schmetterlinge Schloss Sayn“ zu besuchen. 1987 gründeten Fürst Alexander und Fürstin Gabriela zu Sayn-Wittgenstein diesen exotischen Garten in zwei Glaspavillons. Übrigens eine Familie, die uns vor kurzem noch in Schloss Homburg begegnet war. Eine Immobilie, die man besaß aber nicht bewohnte. Hier am Fuße des Westerwaldes aber wohnt man, zwar nicht mehr im Schloss sondern in einem Pavillon im Park. Im Schloss befindet sich eine interessante Sammlung gusseiserner Gegenstände aus der Sayner Hütte hier in Bendorf. Aber zurück zu den Schmetterlingen in ihren tropischen Gefilden zwischen Orchideen und Bananenstauden. „Auf rund 600 Quadratmetern überdachter Fläche umgaukeln übers Jahr verteilt unzählige Exemplare aus bis zu 200 Arten die Gäste.“ Manche sind sehr anhänglich. So hatte sich ein Blauer Morpho, der eine Flügelspannweite von 15 cm erreicht und leuchtend blau ist, auf der Schulter einer Kollegin niedergelassen und machte ganz den Eindruck, als ob ihm der Platz gefiel. Er begleitete Anka jedenfalls bis zum Ausgang und musste dort vorsichtig abgenommen werden, denn die Welt außerhalb der klimatisierten Zone ist nichts für Exoten. Zum Schmetterlingsgarten gehört auch eine Puppenstube. Hier hängen die Puppen, bevor aus ihnen die bunten Schmetterlinge schlüpfen. Das Material kommt per Post aus der ganzen Welt. Jede Woche wird ein Paket mit rund 300 Stück nach Bendorf- Sayn geliefert. Beim Rundgang musste man darauf achten, dass man nicht versehentlich auf die chinesischen Zwergwachteln und ihren hummelgroßen Nachwuchs trat. Sie vertilgen Ameisen und kleine Spinnen, die sich nicht sonderlich gut mit den Schmetterlingen vertragen. Sie waren wunderschön, die Schmetterlinge, aber sie waren eben auch mal Raupen, diese allerdings woanders, denn es flattern nur tropische Falter durch den fürstlichen Garten.

Miró - Malerei als Poesie

Besuch in der Düsseldorfer Kunstsammlung K20

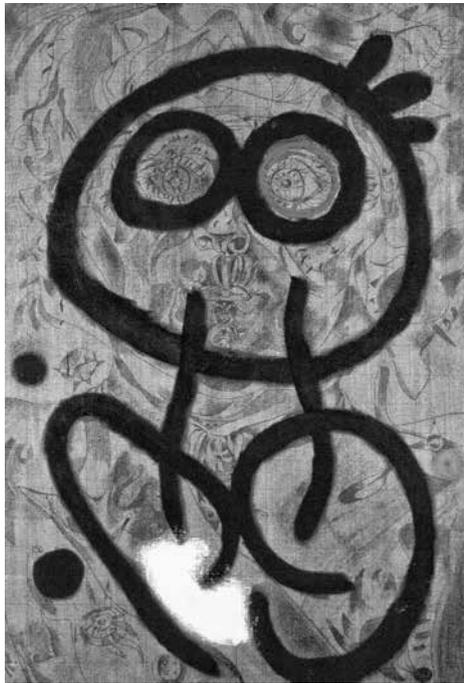
von Helga Pennartz

Uns allen bekannt ist Mirós heiter-poetische Bildwelt. Seine Bildmuster finden sich auf Seidentüchern, Parfumflakons oder Sommerkleidern. Die Gefälligkeit seiner Kunst - manch gehässige Stimme bezeichnet sie als Harmlosigkeit - machen es den Menschen leicht, Miró zu mögen. Die Kunstsammlung NRW in Düsseldorf wollte dies populistische Bild mit der Ausstellung „Malerei als Poesie“ verändern - ergänzen. Die Dichtung beeinflusste Miró so maßgeblich, dass er seine Bilder gar nicht mehr schlicht als Malerei verstanden wissen wollte, sondern er sich als Malerdichter fühlte, für den Malerei und Poesie auf der Leinwand miteinander verschmolzen.

Wir - 19 Ruheständler/innen - waren gespannt, dies in der Ausstellung zu entdecken.

Joan Mirós (1893 - 1983) war befreundet mit bedeutenden Schriftstellern des 20. Jahrhunderts, wie z. B. Ernest Hemingway, Henry Miller, André Breton und Guillaume Apollinaire. Er las in seinem Atelier während der Pausen vom Malen unablässig und bezog sich in seinen Werken explizit auf Texte. In den 1920er Jahren arbeitete er an einer umfangreichen Serie, die er "Peinture-Poème" nannte und die im Zentrum der Ausstellung in Düsseldorf zu sehen war.

In dem Stilleben „Nord-Süd“ aus dem Jahr 1917 protokolliert der Maler auf seinem Bild seine Lesefreude. Unter den Gegenständen auf der Tischplatte finden sich ein Band von Goethe und der Schriftzug „Nord-Süd“, der sich auf eine Avantgarde-Literaturzeitung bezieht. Ergänzt wurde die Ausstellung durch



ein Lesezimmer, das der Bibliothek Joan Mirós nachempfunden war. Hier waren Kunstwerke, mit denen er sich umgeben hat, ebenso zu sehen, wie die Bücher, die er gelesen hat, von der Gesamtausgabe des Surrealisten Alfred Jarry („Pere Ubu“) über Bücher von Goethe und Mirós Leitstern Picasso bis zu Krimis von Edgar Wallace und einem großformatigen „Fantomas“-Band. Die Besucher waren eingeladen, Platz zu nehmen.

Miró hat über 250 Künstlerbücher gemeinsam mit Schriftstellern gestaltet; manche sind nur streichholzschachtelgroß, andere lassen den Tisch unter sich verschwinden, wenn man sie aufschlägt. Einige Exemplare konnten wir in der Ausstellung bewundern.

Was würde Miró heute malen? Schwarze Sonnen vielleicht, stürzende Sterne, garstige Vogelwesen? Mit düsterer Poesie reagierte Miró einst auf die einsetzende Franco-Diktatur und den Faschismus sowie auf die Pariser Unruhen von 1968. Sein Selbstbildnis von 1937/38, sehr kleinteilig gestaltet, hat er in den 60er Jahren mit einer schwarzen Figur übermalt, deren linkes Auge er als „sehend“ für das Unrecht der Welt verstanden wissen wollte.



EINLADUNG

Besuch der Zentralmoschee in Köln

Zusatztermin

Noch ist die Moschee nicht eröffnet, als Besucher erhalten wir einen Einblick in die bisher von der türkischen Gemeinde genutzten Räume und werden über Baufortschritt und noch auszuführende Bau- maßnahmen vor Ort informiert.

Das Tragen von Socken ist verpflichtend. Der Gebetsaal im Kuppelbau ist noch nicht begehbar.

Dienstag, 24. November
10.50 Uhr Treffpunkt am Ende der Fuchsstraße an der Einfahrt zur Tiefgarage.

Führung von 11.00 Uhr bis ca. 12.30 Uhr
Kosten 5 €

Führung durch Köln-Mülheim mit Markus Juraschek-Eckstein

Mülheim ist der Stadtteil mit den meisten profanen Barockbauten und der ältesten evangelischen Gemeinde auf Kölner Stadtgebiet.

Dienstag, 17. November 2015, 10.15 Uhr
Treffpunkt: Café Vreiheit,
Wallstraße in Köln-Mülheim, 10.00 Uhr
Kostenbeitrag : 8 Euro

Die Teilnehmerzahl beider Veranstaltungen ist begrenzt,
bitte verbindlich anmelden 0221 516267



EINLADUNG

„Liebling, das schenken wir uns!“

Eine Kabarettveranstaltung nicht nur für Senioren

am 9.12.2015 von 17.00 bis 19.00 Uhr
im THEAS-Theater
in Bergisch Gladbach, Jakobstr. 103
(nur wenige Minuten von der S-Bahnhaltestelle
entfernt)

Jedes Jahr der gleiche Stress! Was schenken wir wem, was wünschen wir uns, was können wir umtauschen? Ab und bis wann bleibt die Weihnachtsdeko stehen und welche Verwandtenbesuche lassen sich umschiffen? Oder hauen wir einfach ab? Antworten darauf im Weihnachtsprogramm von und mit **Sylvia Brécko**

Sylvia Brécko, ehemalige WDR-Fernsehansagerin und -Moderatorin ist seit 2008 in Sachen Kabarett unterwegs, z.Zt. mit ihrem aktuellen Solo- programm
„Liebling, wie war ich?“

Eintritt 15 € für Senioren und LAA's 12 €

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, deshalb bei der GEW Geschäftsstelle verbindlich anmelden 0221-516267 und im Verhinderungsfall auch wieder abmelden, da sonst Ausfallkosten für die Eintrittskarte entstehen.

Bitte überweisen Sie das Eintrittsgeld bis zum 27.11.15 auf das Konto GEW Stadtverband Köln
IBAN DE03 3701 0111 1320 7321 01



Neue Höchstaltersgrenze 42 Jahre - Kausalitätsprinzip entfällt

Die Landesregierung hat einen Gesetzentwurf zur Neuregelung der Höchstaltersgrenzen für die Verbeamtung ins parlamentarische Beratungsverfahren gegeben, nachdem das Bundesverfassungsgericht im April 2015 die bisherigen Regelungen in NRW kassiert hatte.

Die GEW NRW hatte gefordert, die Altersgrenze entweder ganz abzuschaffen oder zumindest auf 45 anzuheben, wie in den meisten anderen Bundesländern üblich. Dem mochte die Landesregierung nicht folgen: Die Höchstaltersgrenze soll nunmehr von 40 auf 42 Jahre hochgesetzt werden.

Diese Altersgrenze erhöht sich in bestimmten Fällen. Die Erhöhungstatbestände (u.a. Kindererziehung, Angehörigenpflege, Wehrdienst) werden in § 15a des Gesetzes weiterhin aufgeführt, es muss aber nicht mehr die „Kausalität“ nachgewiesen werden.

Wörtlich heißt es in den Erläuterungen zum Gesetzentwurf:

„Mit der Neuregelung wird nunmehr anerkannt, dass Unterbrechungen des Ausbildungs- und Berufswegs zu Zwecken der Kindererziehung, Angehörigenpflege, des Wehrdienstes etc. in der Regel zu Verzögerungen des beruflichen Werdegangs führen, ohne dass es eines kausalen Ursachenzusammenhangs zwischen der Verzögerung und der Einstellung in ein Beamtenverhältnis bedarf.“

Darüber hinaus ist eine Erhöhungsmöglichkeit für individuelle Härtefälle vorgesehen. Außerdem sollen mit dem Gesetz die Regelungen zur Altersteilzeit entfristet werden und weiterhin gelten – allerdings unter den bekannten ungünstigen Bedingungen (siehe rechts).

Den kompletten Gesetzentwurf dokumentiert die GEW unter http://www.gew-online.de/dms_extern/download.php?id=234380

Die GEW steht zur Beratung ihrer Mitglieder gern zur Verfügung.

Geplante Änderungen im Beamten- und Versorgungsrecht

Altersteilzeit (ATZ)

Die bisherigen -schlechten- Regelungen für eine Altersteilzeit sollen unbefristet verlängert werden.

- 65% Arbeitszeit der durchschnittlichen Stundenzahl der letzten fünf Jahre
- 80% Gehalt
- 80% Anrechnung für das Ruhegehalt
- Verzicht auf die Altersentlastung vorher und während der ATZ

Die GEW weist noch einmal darauf hin, dass die ATZ nicht als Maßnahme geeignet ist, Abschlüsse zu vermeiden oder zu verringern.

Schwerbehinderung

Nach wie vor sollen Schwerbehinderte ab 60 in den Ruhestand gehen können -mit Abschlag. Ab einer Pensionierung auf Antrag mit 63 soll entsprechend der bisherigen Regelung kein Abschlag mehr anfallen.

Rechtsberatungen im Stadtverband Köln

- Ines Bartenstein, Personalrätin Gesamtschule, berät in Schulfragen und wird unterstützt von Personalräten aller Schulformen und Nina Goerges.
Telefonische Rechtsberatung jeden Montag und Donnerstag von 17.00 bis 19.00 Uhr
 - Nina Goerges berät KollegInnen im Sozial- und Erziehungsbereich und betreut alle Betriebsräte.
- Christine Oberhäuser bietet allen Ruheständlern eine persönliche Beratung zu Fragen von Beihilfe, Pflegegeld, Ruhegeld, Witwen- und Witwergeld an.

Terminabsprachen für alle drei Beratungen telefonisch unter 0221-516267
oder per E-Mail: kontakt@gew-koeln.de.

Elternzeit – was ändert sich für Lehrkräfte?

von Ines Bartenstein, Rechtsberatung

Wir haben über die Änderungen des Gesetzes zum Elterngeld und Elternzeit (BEEG) bereits berichtet. Was bedeuten diese Änderungen für den Schulbereich?

Unverändert bleibt der grundsätzliche Anspruch auf Elternzeit bis zum vollendeten dritten Lebensjahr des Kindes. Die Anspruchsberechtigten bleiben Eltern, Adoptionseletern, Vollzeit- oder Adoptionspflegende sowie Großeltern.

Bei der Übertragung der Elternzeit gibt es eine Änderung. Statt bisher 12 Monate kann ein Elternzeitanteil von bis zu 24 Monaten zwischen dem dritten Geburtstag und dem vollendeten achten Lebensjahr in Anspruch genommen werden. Eine Zustimmung der Bezirksregierung ist anders als früher nicht mehr erforderlich.

Weitere Änderungen betreffen die **Aufteilung der Elternzeit**: Wie bisher muss Elternzeit für den Zeitraum bis zum vollendeten dritten Lebensjahr des Kindes sieben Wochen vor Beginn der Elternzeit schriftlich verlangt werden. Dabei muss angegeben werden, für welche Zeiträume Elternzeit genommen werden soll. Neu ist, dass jedes Elternteil die Elternzeit in **drei Abschnitte** aufteilen kann (bisher zwei). Ebenfalls neu ist, dass Elternzeit zwischen dem dritten Geburtstag und dem vollendeten achten Lebensjahr des Kindes mit einer Anmeldefrist von **13 Wochen** beansprucht werden kann.

Die Bezirksregierung kann die Inanspruchnahme eines dritten Abschnitts der Elternzeit nur **ablehnen**, wenn er auf den Zeitraum nach dem dritten Geburtstag übertragen werden soll. Und das auch nur, wenn „nahezu zwingende“ oder unabweisbare dienstliche Gründe vorliegen. Dafür gilt eine Frist von **acht Wochen** nach Zugang des Antrags. Die Zustimmung gilt als erteilt, wenn der Antrag in diesem Zeitraum nicht schriftlich abgelehnt wurde.

Wenn der Dienstherr die beanspruchte Verringerung oder Verteilung der Arbeitszeit **ablehnen** will, muss er dies innerhalb von **vier Wochen** mit schriftlicher Begründung tun. Die Zustimmung zur Elternzeit

zwischen Geburt und vollendetem Lebensjahr gilt als erteilt, wenn der Antrag nicht spätestens vier Wochen nach Zugang schriftlich abgelehnt wurde.

Neu geregelt ist auch die Überschneidung von Elternzeiten: Elternzeit für ein weiteres Kind während der ersten Elternzeit schließt an den Ablauf der ersten Elternzeit an. Sie entfällt also nicht, auch nicht teilweise.

Rückkehr aus der Elternzeit Die Bezirksregierung Köln setzt seit dem letzten Schuljahr eine Regelung um, die eigentlich schon vorher galt, jedoch im Regierungsbezirk Köln anders gehandhabt wurde. Bei Elternzeit bis zu einem Jahr hat man ein Rückkehrrecht an die Schule, an der man vorher war. Die eigene Stelle wird also freigehalten. Bei Elternzeit von mehr als einem Jahr kann diese Stelle neu ausgeschrieben und besetzt werden.

Aufpassen beim Teilzeitantrag

Wir haben bereits darüber berichtet, dass es ab dem nächsten Schuljahr trotz massiver GEW-Proteste eine Verschlechterung für ältere Teilzeitkräfte geben wird. Konnte man bisher bei einer Verringerung der Pflichtstundenzahl um nur zwei Stunden den vollen Umfang der Altersentlastungsstunden behalten, wird das ab dem 1.08.2016 nicht mehr der Fall sein. Man bekommt nur noch **alle Altersentlastungsstunden** (eine ab dem Schuljahr, das auf die Vollendung des 55. Lebensjahres folgt, drei ab dem Schuljahr nach Vollendung des 60. Lebensjahres) bei einer **vollen Stelle** oder wenn man um nur **eine Stunde** reduziert. Wenn jetzt die Teilzeitanträge gestellt werden (in der Regel im Dezember), sollten alle, die bisher auf eigene Kosten um zwei Stunden reduzierten, daran denken. Es ist immer noch besser, nur eine Stunde Teilzeit zu machen und eine/drei bezahlte Entlastungsstunden zu bekommen, als um zwei Stunden zu reduzieren und weniger bezahlte Entlastung zu erhalten.

Bewerbungstraining für Grundschulen Alles, was zur Bewerbung gehört

Wann, wo und wie bewerbe ich mich?
Was brauche ich dafür?
Wie bereite ich mich auf das
Bewerbungsgespräch vor?
Wie läuft ein Bewerbungsgespräch ab?
Was muss ich beachten?

**Mittwoch, den 21.10.2015
von 14 Uhr - 16 Uhr
im ZfsL, Claudiusstr. 1, Raum 27**

Anmelden unter:
GEW Stadtverband Köln
Hans-Böckler-Platz 1
50672 Köln
Tel: 0221-516267 Fax: 0221-525446
E-Mail: kontakt@gew-koeln.de

Sondereinstellungen für Referendare

Informationstelegramm der GEW-Fraktion des PR
für Gymnasien

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
wie Frau Löhrmann zutreffend festgestellt hat,
fehlen an den Schulen in NRW massenweise Lehr-
kräfte. Dies ist nicht nur eine Folge der vielen
Flüchtlinge, die NRW aufnimmt.
Zum 16.11. dieses Jahres erfolgt nun eine Sonder-
einstellung, die der Landtag am 2.10 noch ver-
abschieden muss.
Hier die Termine für die zusätzlichen Stellen zum
16.11. 2015
Ausschreibung: 6.10. (Herbstferien!)
Bewerbungsschluss: 13.10.
Examensnoten Sek. II vom Prüfungsamt an Ein-
stellungsbüro einsenden: 6.10.
Ordnungsgruppenliste an Schulen: 27.10.,
danach Einladungen.
Auswahlgespräche: ab 2.11., ggf. 30.10.
Dies entspricht zumindest den bislang üblichen
zeitlichen Abläufen.

EINLADUNG

Informationen zum Einstellungsverfahren Schwerpunkt Bewerbungstraining

GEW Mitglieder des Personalrates für Lehrerinnen
und Lehrer bei der Bezirksregierung Köln

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Zum 16. November 2015 werden in einer Sonder-
aktion in NRW 2600 neue Lehrerinnen und Lehrer
eingestellt, 120 davon im RP Köln am Gymnasium.
Wir möchten Ihnen vor Beginn der Auswahlgesprä-
che im November die Möglichkeit geben, sich über
das Auswahlverfahren aus Sicht der Personalratsmit-
glieder zu informieren und zu schulen. Erproben Sie
in Simulationen Ihren Einsatz in einem zukünftigen

Auswahlgespräch an Schulen!

Wir bieten Trainingsmöglichkeit in
situationsgerechten Spielsituationen:
Auftreten, Rhetorik, Gesprächsführung.

Donnerstag, den 22.10.2015
DBG-Haus Köln,
Hans-Böckler-Platz 1, 50672 Köln
16.00 Uhr – 19.00 Uhr

Wir freuen uns sehr, wenn wir Sie bei unserer
Informationsveranstaltung begrüßen dürfen. Die
Teilnahme ist selbstverständlich kostenlos!
Wir bitten um Anmeldung per Email unter gew-
koeln@netcologne.de.

Martin Pötz
Bezirkspersonalrat
Gymnasium, Köln
0221 - 136444
Martin.Poetz@gmx.de



EIN NICHT ABGESCHICKTER LESERBRIEF

**... zu dem Kommentar
„Die Schule braucht Überzeugungstäter“
von Tobias Peter (KStA 08.09.2015)**

Was für ein Hype war das bloß in Nürnberg? 3.000 Menschen wollten den 2. Teil des Films *Fack ju Göhte* sehen! Als die Darsteller der Komödie erschienen, entstand ein riesiger Tumult. Vor allem die Anwesenheit des Hauptdarstellers Elyas M'Barak führte bei den überwiegend jungen Mädchen und Frauen zu Kreislaufproblemen. Das Kinopersonal war mit dem Andrang überfordert und die Polizei müsste den Auftritt schließlich abbrechen.

Seit einigen Wochen versuchen die Online-Dienste von Spiegel, Zeit, FAZ und SZ zu ergründen, warum auch Teil 2 wieder alle Besucherrekorde bricht. Auch der Stadt-Anzeiger begibt sich auf Spurensuche und platziert einen Kommentar von Tobias Peter im Meinungsteil der Zeitung. Dieser konzentriert sich ganz auf die Darstellung des „Lehrers“ Zeki Müller, einem Kleinkriminellen, der zum Aushilfslehrer mutiert: „Der wichtigste Grund, warum der Aushilfspädagoge aus dem Film begeistert, ist simpel: Er ist in Wirklichkeit kein Lehrer.“ Soso. Was ist er dann? „In erster Linie tritt er den Schülern nicht als Lehrer gegenüber sondern als Mensch“, philosophiert der Kommentator. In der Welt dieser vom Bildungssystem abgeschriebenen Gesamtschule hat der chancenlose Ganove Antworten für die Horror-Klasse 10b, auf die die anderen Lehrer nicht kommen würden. Richtig Mensch sein, so der Film, kann man nur, wenn man sich über die Richtlinien hinweg setzt. Sowohl die Goethe-Gesamtschule, mit ihrer zwischen Zynismus und Gleichgültigkeit schwankenden Direktorin, als auch das Schiller-Gymnasium, streiten mit fiesen Methoden um ein internationales Projekt. Überhaupt: Das Vorzeige-Gymnasium ist eine Einrichtung für superreiche Schülerinnen und Schüler, die Lehrkräfte sind heuchlerisch und karrieresüchtig. Ganz grundsätzlich: Das ganze Schulwesen wird hier als kompletter Schrott beschrieben. Setzen, Sechs! Das große Missverständnis ist die Annahme, alle gesellschaftlichen Herausforderungen müsste die

Schule allein bewältigen. In dieses Horn bläst auch der Philosoph Peter Sloterdijk: „Jahr für Jahr entlässt die Schule mehr und mehr desorientierte Schülerkohorten.“ Was für ein selbstgerechter Unfug! Er hätte wissen müssen, dass ein solches Gejammer schon vor Tausenden von Jahren unter Philosophen üblich war. So auch Aristoteles: „Ich habe überhaupt keine Hoffnung mehr für die Zukunft unseres Landes, wenn einmal unsere heutige Jugend die Männer von morgen stellt. Unsere Jugend ist unerträglich, unverantwortlich und entsetzlich anzuschauen.“

So schlecht *kann* aber unser Bildungssystem nicht sein. Es ist flächendeckend, durchlässig, bietet ein breites Bildungsangebot und gibt den Schülerinnen und Schülern eine zweite Chance - wenn nicht sogar eine dritte und vierte. Nehmen wir einfach die Schulbiografie des coolen Elyas M'Barak: Zunächst hat er das Gymnasium besucht, ist mehrmals sitzengelieben, von der Schule geflogen, vom katholischen Internat geflüchtet, auf der Realschule gescheitert, doch eine Hauptschule gibt ihm noch eine Chance. Er nimmt sie wahr, schließt die Hauptschule ab, macht die Mittlere Reife nach, besucht die Fachoberschule und erlangt die Fachhochschulreife. „Hätte auch blöd laufen können“, meint Elyas M'Barak in einem Interview mit der FAZ am Sonntag.

„Für die Schulen kann es natürlich – anders als im Kino - keine Lösung sein, Bankräuber mit gefälschten Zeugnissen unterrichten zu lassen“, klärt uns Tobias Peter in seinem Kommentar auf. Und auch die Schülerinnen und Schüler mal „mit einer Pumpgun voller Farbpatronen“ zu beschießen, geht nicht. Fakt ist, dass der „Lehrer“ Zeki Müller sich lieber auf handfeste Argumente verlässt, statt auf gutes Zureden. In einer Szene drückt er einen völlig außer Rand und Band geratenen Schüler solange mit dem Kopf unter Wasser, bis der schluchzend Besserung gelobt. Es ist jedoch eine Illusion zu glauben, nur körperliche Züchtigung sei gewalttätig: Als ein Mädchen in einer anderen Szene in Tränen ausbricht, bekommt es zur Antwort: „Chantal, heul leise!“ Eigentlich erstaunlich, dass der Film ab zwölf Jahren freigegeben ist.

Unverkennbar will *Fack ju Göhte* nicht einfach eine Pauker-Klamotte sein, lobt Torsten Peter in seinem Kommentar. Ausgiebig bemüht der Film die Kluft zwischen Menschen aus sogenannten bildungsfernen Verhältnissen und sogenannten Bildungs- und Leistungsträgern. Und mitten drin Ganove Zeki Müller, dem die Underdogs der Klasse 10b ans Herz gewachsen sind. Letztlich steckt sogar Goethes „Faust“ in der Komödie: Herr Müller war ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will – und stets das Gute schafft. „Welche Lehrer brauchen wir also?“, fragt abschließend der Kommentator des Stadt-Anzeigers und gibt auch gleich die Antwort: „Sie sollen sich nicht hinter Lehrplänen verstecken und sie sollen für ihre Aufgabe brennen. Sie müssen nicht cool sein, aber sie sollen ein Selbstbewusstsein ausstrahlen, welches ihnen Überzeugungskraft verleiht.“ Soweit so gut, wäre da nicht die Überschrift zu dem Kommentar: „Die Schule braucht Überzeugungstäter.“ Der Begriff „Überzeugungstäter“ taucht nämlich häufig als Kampfbegriff in der rechtsradikalen Szene auf. Es gibt eine Band namens „Überzeugungstäter“, man kann „Überzeugungstäter-Kampf-Shirts“ kaufen und „Überzeugungstäter-Stahlhelm-Lyrics“ lesen. Allerdings nannte sich auch der zurückgetretene VW-Chef Martin Winterkorn einen „Autonarr und Überzeugungstäter“. Aber das wäre jetzt ein anderes Thema.

Wolfgang Hardenacke, Köln



EINLADUNG

Fortbildungen für Lehrerräte in Köln

- Für diese Fortbildungen gilt,
- dass Mitglieder in Lehrerräten über die Teilnahme selbst entscheiden,
 - den TeilnehmerInnen keine Kosten entstehen,
 - die Teilnahme im besonderen dienstlichen Interesse liegt
 - und die TeilnehmerInnen Sonderurlaub erhalten.

Basisqualifizierung

Rechte und Pflichten des Lehrerrats

Die Fortbildungen finden statt am

- Dienstag, den 17. November 2015
Anmeldefrist: 30. Oktober 2015
- Dienstag, den 26. Januar 2016
jeweils von 09:00 bis 16.30 Uhr, in Köln
Anmeldefrist: 9. Januar 2016

Themen u.a.:

Rechtliche Grundlagen / Rollenverständnis / Mitbestimmungsrechte, weitere Beteiligungsrechte / Fallbeispiele aus der Praxis

Vertiefungsmodul 5

Gesund bleiben am Arbeitsplatz Schule - welche Rechte und Pflichten hat der Lehrerrat hierbei?

- Mittwoch, den 9. Dezember 2015
Anmeldefrist 27. November 2015
- Mittwoch, den 3. Februar 2016
jeweils von 09:00 bis 16.30 Uhr, in Köln
Anmeldefrist: 22. Januar 2016

In der Fortbildung wird es erste Hinweise zur Gefährdungsbeurteilung der psychosozialen Arbeitsbelastungen mit dem COPSOQ-Verfahren geben.





Einladung zur **Mitgliederversammlung**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der nächste Gewerkschaftstag der GEW NRW findet vom
21.-23. April 2016 in Bielefeld statt. Die Fristen für Anträge und Delegiertenmeldung liegen
Ende Dezember/Mitte Januar.

Zur Vorbereitung auf den Gewerkschaftstag laden wir alle Kölner Mitglieder zur Mitglieder-
versammlung ein am

Mittwoch, 2. Dezember 2015, 18:00 Uhr
im Kölner DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz 1, Großer Saal

Tagesordnung:

- Berichte von Aktivitäten der letzten Zeit
(u.a. von VHS-Honorarkräften für Deutsch- und Integrationskurse)
- Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftstag 2016
 - Anträge zum Gewerkschaftstag 2016
 - Verschiedenes

Mit kollegialen Grüßen

Geschäftsführender Ausschuss
des Vorstands der GEW
Stadtverband Köln